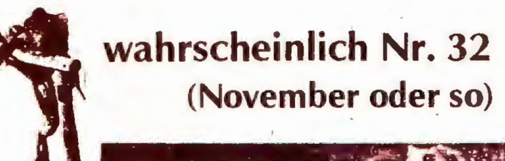


Zeitung für armselige NihilistInnen



wahrscheinlich Nr. 32
(November oder so)

kost kein Geld

Randale ist natürli
feines. Sie ist völli
keinerlei Bedenken,
ührt werden können,
Spaß, trifft die ric
was sehr soziales
und kommunikati-
as für "jederzeit" "

Hallo!
Diesmal wieder 32 Seiten gequirlter Quark mit korrekt linksdrehender Milchsäure und lebenden autonomen Kulturen. Mit künstlichen Konfliktverstärkern bei extrem hohem Sahneanteil und naturidentischen Diskussionsersatzstoffen Hoher Anteil an überflüssigen Ballaststoffen. Vorsicht, dicke Brocken!
(mindestens haltbar bis 12/94)



Inhalt:

Im Ordner (steht in de Flora-Vokü):
- ''Stellungnahme zur schwulenfeindlichen Sabotage während der Gala Infernale''
- Zum Ermittlungsverfahren gegen Tine und Carsten aus Kaiserslautern
- Infos zum Kaindl-Prozeß aus der Roten Hilfe 4/94
Presseinfo zur antifaschistischen Demo in Göttingen am 19. 1 94
- Politischer Jugendkongreß in Braunschweig

Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.
Schickt uns eure Beiträge unbedingt (!) auf Diskette, mit beiliegendem Ausdruck zu.
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an: Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.
Spenden: Geld her! Um dies Projekt langfristig abzusichern brauchen wir unbedingt Spenden!!!
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ''Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Demo zum 5. Todestag von Conny in Göttingen

Nichts ist vergessen und niemand! Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes!

Am 19.11.94 findet in Göttingen anläßlich des fünften Todestages von Conny Weßmann eine bundesweite antifaschistische Demonstration statt.

Am 17. 11. 89 wurde Conny Weßmann bei einer antifaschistischen Aktion von der Polizei in den Tod getrieben. Conny`s Tod war ein politischer Mord. Er war und blieb nicht der einzige in der BRD, sondern steht in der Kontinuität einer Politik, die Tote billigend in Kauf nimmt.

In der Folgezeit nahmen faschistische Angriffe in der Re-gion zu. In der Sylvesternacht 90/91 wurde Alexander Selchow von FAP-Faschisten auf offener Straße erstochen. Alexander war in Südniedersachsen innerhalb kürzester Zeit der zweite Mensch, der im Zuge politischer Auseinandersetzungen sein Leben verlor.

Die Demo am 19.11. soll ein Zeichen gegen die reaktionäre Entwicklung in Staat und Gesellschaft setzen. Wir wollen dem Vergessen von Conny und Alexanders Tod entgegenwirken und aller Menschen gedenken, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben verloren oder Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt wurden. Darüber hinaus wollen wir für all die eintreten, die im Kampf gegen Faschismus und Staats-terrorismus der Verfolgung und Kriminalisierung durch den Staat ausgesetzt sind.

Die Demo beginnt am Markt um 11.00 Uhr. (aus dem Aufruf zur Demo der Antifa (M))

ACHTUNG, WICHTIG! - BETRIFFT: 3. OKTOBER IN BREMEN

Der Ermittlungsausschuß Bremen braucht weiterhin Informationen von Euch zwecks Koordinierung der jetzt anstehenden juristischen Maßnahmen. Wir suchen insbesondere noch

- Gedächtnisprotokolle (wenn ihr Festnahmen, Polizeiübergriffe u.ä. beobachtet habt oder selbst betroffen gewesen seid. Besonders interessieren uns Berichte aus der Polizeihaft; z.B.: aus der JVA Bremen-Oslebshausen, aus den Polizeigaragen in HB-Hastedt und Huckelriede. Wir brauchen ALLE Informationen über Polizeiübergriffe während eurer Haft!)
- Leute, die sich überlegen, gegen die Polizei juristisch vorzugehen, sollen sich auf jeden Fall bei uns melden !
- Dasselbe gilt, wenn ihr Post von der Polizei erhaltet! Meldet euch !

Die einzig gültige Kontaktadresse (die taz-anzeige ist nicht mehr relevant) lautet: ERMITTLUNGSAUSSCHUß BREMEN c/o St. Paulistr. 10/11, 28203 Bremen.

Außerdem brauchen wir Geld: Kontonr. 1614874, Sparkasse Bremen, BLZ 29050101, Kennwort EA

Antifa-Demo in Kollund gegen den Altnazi Christophersen

Das dänische Justizministerium hatte angeordnet, keine (deutschen) DemonstrantInnen nach Kollund einreisen zu lassen. So wurden mindestens ein Bus aus Kiel und mehrere PKW's aus Hamburg und Schleswig-Holstein an der Grenze abgewiesen, teilweise auch schon vom deutschen BGS. In Kollund demonstrierten ca. 2000 Leute aus Dänemark und wenige aus der BRD gegen den deutschen Altnazi Christophersen, der schon morgens von den dänischen Bullen aus seinem Haus gebracht worden war ("zu seinen eigenen Schutz", wie es hieß). Die Stimmung war gut, und dies war bestimmt nicht die letzte Demo in Kollund!

Keine Castortransporte in's Wendland!

Die niedersächsische Umweltministerin wird dem Castortransport vor Ablauf der von Bundesumweltminister Töpfer gesetzten Frist am 9.11. zustimmen. Dann ist es formal möglich, daß der Atommüll in dem Gorlebener Zwischenlager eingelagert wird. Die BI Lüchow-Dannenberg mobilisiert bereits gegen die drohende Einlagerung, das Anti-AKW-Camp "Castornix" ist wieder eröffnet worden.

Achtet auf aktuelle Ankündigungen! Am Tag X alle in's Wendland - oder besser: vorher schon!

Anatopia

"Die Große Koalition für Militarismus und Naturzerstörung hebt die Hand zum Gruße von Mercedeath!"

Der Papenburger Rat hat am 6.10.94 den nötigen Bebauungsplan verabschiedet, so daß einem Baubeginn der Mercedeath-Teststrecke formal nichts mehr im Wege steht. Das Hüttendorf Anatopia rechnet mit einem Räumungsversuch noch vor Baubeginn, und das kann schon im November sein. Vom 18. bis 20. November findet ein Perspektivtreffen in Anatopia statt, wozu alle herzlich eingeladen sind und an dem Strategien gegen eine drohende Räumung entwickelt werden sollen.

Kommt in`s Hüttendorf! Informiert euch über den aktuellen Stand der Dinge. Überlegt euch Aktionen in euren Städten im Fall einer Räumung.

Anatopia, Postfach 4147, 26871 Papenburg

9. November: 56. Jahrestag der Reichspogromnacht

Die VVN/ BdA ruft unter der Forderung "Widerstand gegen Nationalismus-Antisemitismus- Rassismus" auf zur Kundgebung am 9.11. um 17 Uhr auf dem Joseph-Carlebach-Platz (neben Salvador-Allendeplatz/Grindelhof).

Angesichts der relativ geringen Beteiligung der letzten Jahre und da es sich um einen Werktag handelt, ist eine Kundgebung ohne Demonstration geplant. Die Kundgebungsbeiträge werden von Gisela Wiese (PAX CHRISTI) und Esther Bejerano (Kulturprogramm) gehalten.



Foto: FotoArchivKollektiv

Wie weiter im Widerstand

ist der Titel eines politischen Jugendkongresses, der vom 18. - 20. November in Braunschweig stattfindet.
Themen sollen u.a. sein: Nationalismuskritik, Neue Rechte in Italien, Schule, EU, Uni, Sexismuskritik, "3.Welt"/ Int. Solidarität, Ökologie und Ökologiekritik, Sozialabbau, Parlamentarismuskritik, Militarisierung der Außen-politik, BRD `95 etc.
Das ganze kostet 30 Mark und beginnt Freitag dem 18. um 17.00 Uhr. Max. 150 Leute können teilnehmen. Anmeldungen an: junge linke, Barriesstrasse 28, 30519 Hannover, Tel.: 0551/ 8387177

Verfahren gegen Antifaschisten

Am 2.11.94 ist die Verfahrenseröffnung gegen den Antifaschisten Thomas vor dem AG Kassel (s. Zeck Nr. 31, Okober 94) Für Anwalts- und Prozeßkosten wird dringend Geld benötigt. Bei einer nicht unwahrscheinlichen Verurteilung werden die Kosten bei ca. 10.000.- Mark liegen. Spendenkonto: H.J. Laube, Stadtsparkasse Kassel, BLZ 52050151, Kto. 3920691

§ 129a-Verfahren gegen zwei Leute aus Kaiserslautern

Bereits vor mehr als 2 Monaten - während des befristeten Hungerstreiks von Gefangenen aus der RAF - am 3.8.94, wurden Auto und Wohnung von Tine und Carsten durchsucht. Verdacht auf Sachbeschädigung (es handelte sich um gesprühte Parolen auf dem Gebäude des DRK in Kaiserslautern) war in dem Durchsuchungsbefehl angegeben. Nach einer polizeilichen Vorladung zum Zwecke erkennungsdienstlicher Behandlung und Verhör, die die beiden ignorierten, erhielten sie nunmehr eine staatsanwaltliche Vorladung, in der inzwischen von einem Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, also § 129 a, die Rede ist.

Faschisten demonstrieren in Krupunder

Für Donnerstag, den 13.10. hatte die FAP über die Nationalen Infotelefone in Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer Demonstration am S-Bahnhof Krupunder gegen ein (mögliches) Verbot der FAP aufgerufen. Um 18 Uhr versammelten sich ca. 60 AntifaschistInnen auf dem Bahnhofsvorplatz direkt vor der FAP-Bundesgeschäftsstelle um gegen den bevorstehenden Aufmarsch zu demonstrieren. Begrüßt wurden sie von 2 Hundertschaften der Polizei, einer Hundestaffel sowie drei Wasserwerfern und zwei SEK- Einheiten. Es kam zu einigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei AntifaschistInnen von Hunden verletzt wurden. Geschützt von der Polizei marschierten dann um 18.30 Uhr etwa 20 Faschisten der FAP und der Jungen Nationaldemokraten (JN) unter der Führung der Brüder Görtz auf dem Bahnhofsvorplatz auf. Etwa eine Stunde lang versuchten sie ihre menschenverachtende Propaganda mit Sprüchen wie "Deutschland den Deutschen", und "Ausländer Raus" zu verbreiten. Die AntifaschistInnen hatten aufgrund des massiven Bullenaufgebotes keine Chance, diese Kundgebung zu beenden und konnten die Faschisten nur durch viel Lärm stören.



Holen wir die Sterne vom Himmel

Am 9/ 10. Dezember tagt in Essen der Europäische Rat. Die Regierungschefs der EU feiern die EU-Erweiterung durch Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen. Weiterhin geht es um eine sog. "Beschäftigungsinitiative". Damit wird der Prozeß des EU-Binnenmarktes und das Konzept von Maastricht fortgeführt. Kritisiert wird die Europäische Union (EU) aller Orten, aber die Weise und das Ziel unterscheiden sich dabei grundsätzlich. Während innerhalb der oppositionellen Kräfte in der BRD noch größtenteils Einigkeit darin besteht, daß sich die EU-Politik, angesichts der vielfältigen, negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt hier und anderswo, ändern muß, besteht keine Einigkeit mehr in der Frage, was aus der Kritik an der EU folgt. Wir sind der Meinung, daß eine Kritik der EU zugleich die Kritik der ref-ormerischen Vorstellungen beinhalten muß, die davon ausgehen, eine andere EU, befreit von ihren schlechten Seiten, sei möglich (Vollständiges Flugblatt ist im Ordner)
Beteiligt euch an den Aktionen und Diskussionen zur Tagung des Europäischen Rates am 9. und 10. Dezember in Essen!
Fr. 9.12.94
Auftaktveranstaltung mit Tribunalcharakter. Anklage der EU aus internationalistischer Perspektive, 18.00 - 21.00 Uhr (voraussichtlich Zeche Karl)
Sa. 10. 12.94
Bundesweite Demonstration von der Essener Innenstadt in Richtung Tagungszentrum an der Gruga, 12.00 - 17 00 Uhr
So. 11.12.94
Gegenkongreß mit vier thematischen Foren. Abschlußdiskussion zu Perspektiven des Wiederstandes in Europa (Voraussichtlich Zeche Carl)
Achtet auf weitere Informationen und Ankündigungen, auch zu geplanten Veranstaltungen und Aktionen im Vorfeld.
Kontakt: Anti EU-Koordination, c/o Initiativzentrum Weberstr. 79, 45879 Gelsenkirchen.

Birgit Hogefeld zu dem im November beginnenden Prozeß gegen sie

Am 15. 11. 1994 beginnt vor dem OLG Frankfurt der Prozeß gegen mich. Angeklagt werde ich wegen verschiedener Aktionen der RAF zwischen 1985 und 1993:

- dem Sprengstoffanschlag auf die US-Air-Base in Frankfurt und in dem Zusammenhang die Erschießung des US-Soldaten Pimental;
- dem Anschlag auf den ehemaligen Finanzstaatssekretär und heutigen Präsidenten der Bundesbank Tietmeyer während der Tagung des IWF 1987;
- der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt;
- außerdem wird mir Mord und sechsfacher Mordversuch an GSG9-Männern in Bad Kleinen vorgeworfen.

Die Mordanklage wegen Bad Kleinen ist die Antwort auf das politische Desaster, in das der Staat sich mit dieser Aktion gebracht hat. Sie stehen unter dem Verdacht, daß ihre GSG9-Leute Wolfgang Grams, als er angeschossen und schwer verletzt am Boden lag, mit einem Kopfschuß hingerichtet haben — sowohl die polizeilichen „Schlampereien", sprich die systematische Spurenvernichtung, aber auch Rücktritte von Verantwortlichen bis hin zum Innenminister ergeben ausschließlich vor dem Hintergrund einer Hinrichtung einen Sinn.

Da dieser Verdacht schon nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, soll wenigstens ein RAF-Mitglied, in dem Fall ich, wegen der Erschießung des GSG9-Mannes Newrzella angeklagt und verurteilt werden. Zumindest da soll der Verdacht, daß er von seinen eigenen Leuten erschossen wurde, weg.

Die Tatsache, daß ich schon überwältigt am Boden lag, bevor der erste Schuß fiel, spielt dabei keine Rolle — sie behaupten, Newrzella sei von Wolfgang Grams erschossen worden, und Wolfgang hätte (weil wir beide in der RAF waren) mit meinem Einverständnis geschossen.

Das ist die juristische Konstruktion, auf der meine Verurteilung wegen „Mordes" an diesem GSG9-Mann laufen soll.

Die Anwälte der Eltern Grams hatten im Mai dieses Jahres anhand neuer, von ihnen in Auftrag gegebener Gutachten versucht, die Wiederaufnahme des eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen GSG9-Leute durchzusetzen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß dieser Weg, das Verfahren wiederaufzunehmen, Erfolg haben wird. Aber selbst wenn, wird es vermutlich schnell wieder eingestellt werden.

Dadurch, daß ich wegen Bad Kleinen angeklagt werde, ist der Prozeß gegen mich der einzige öffentliche Rahmen, wo der Staat gezwungen werden kann, den gesamten Ablauf der GSG9-Aktion, also Wolfgangs Erschießung, juristisch aufzurollen.

Jeder der Anklagepunkte (außer der Knastsprengung) reicht für ein lebenslängliches Urteil aus, und die Kronzeugenprozesse aus den letzten ein bis zwei Jahren gegen andere Gefangene aus der RAF, die zum Teil schon zwölf Jahre im Knast sind und lebenslängliche Strafen absitzen, zeigt, worauf das Ganze zielt: die vermeintlichen Sieger über Kommunismus und jede Idee auf Veränderung und Utopie einer menschlichen Welt berauschen sich in ihrem Machtwahn — das, was gegen uns läuft, ist einerseits ihre Rache, aber zugleich auch Drohung gegen alle, die an neuen Aufbrüchen überlegen.

Auch in bezug auf die anderen Anklagepunkte haben sie keine „Beweise" gegen mich in der Hand. Meine Beteiligung an der Air-Base-Aktion und an Tietmeyer soll darüber begründet werden, daß ich zwei Autos gemietet bzw. gekauft hätte. „Bewiesen" wird das über BKA-Schriftgutachten (bis zu ihren Kronzeugenaussagen gegen andere Gefangene wurde übrigens der Kauf eines dieser Autos Sigrid Sternebeck zugeordnet).

Die Konstruktion geht so: Bei Schriftgutachten werden verschiedene Wahrscheinlichkeitsstufen unterschieden. Die Unterschriften, die sie mir zuordnen, werden nicht in die höchste, also die mit der größten Wahrscheinlichkeit eingeordnet (denn dagegen könnte man leicht ein Gegengutachten machen lassen), sondern sie ordnen sie in eine mittlere Stufe ein und sagen, da die RAF so wenige Mitglieder hat, gilt es deswegen auch bei einer nicht sehr hohen Wahrscheinlichkeit der Schriftidentität als sicher, daß es sich bei den Unterschriften auf den Verträgen um meine Schrift handelt.

Bei Tietmeyer haben sie außerdem noch Zeugen für die Anmietung des Fahrzeuges aufzufahren. Kurz nach meiner Verhaftung fand eine Gegenüberstellung statt, die als verdeckte geplant war, die ich aber bemerkt hatte und deswegen mir den Arm vors Gesicht gehalten habe. Eine Zeugin sagt aus, daß sie als Mieterin des Autos vor sechs Jahren die Person wiedererkennt, die immer den Arm vors Gesicht hält und die auch später nicht dabei ist, als die Vergleichspersonen nebeneinander aufgestellt dastehen.

Das Ganze wäre als Witznummer anzusehen, wenn es dabei nicht um die „wichtigsten" Beweise für ein lebenslängliches Urteil gegen mich ginge.

Nach den vielen Prozessen aus der letzten Zeit gegen RAF-Gefangene kann es keinen Zweifel geben, wie das Urteil gegen mich aussehen soll — und dafür, daß von Linken und fortschrittlichen Kreisen Druck erzeugt wird, der die Entscheidung für ein weiteres lebenslängliches Urteil kippt, fehlen auf unserer Seite zur Zeit die Voraussetzungen.

Bei den Anklagepunkten, die Aktionen der RAF betreffen, wird an diesem Prozeß nicht viel mehr als das zu zeigen sein, was auch schon bei unzähligen ähnlichen Verfahren deutlich wurde — um mit Ulrike Meinhof zu sprechen: „Wir können sie nicht zwingen, die Wahrheit zu sagen, wir können sie nur zwingen, immer unverschämter zu lügen."

Birgit Hogefeld
Oktober 1994



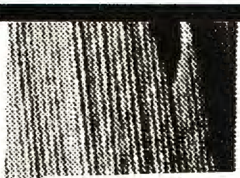
Da sowohl die Kosten im Todesermittlungsverfahrens zum Nachteil Wolfgang Grams sowie die Kosten des Verfahrens gegen Birgit Hogefeld von den Angehörigen alleine nicht getragen werden können, sind Spenden dringend notwendig:

Spendenkonto:
Sonderkonto Volker Luley, „Bad Kleinen"
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60
Konto-Nr. 16 072-603

DEMONSTRATION

Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller

Kiel, 5. 11., 12 Uhr Asmus-Bremer-Platz



Sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!

Am 22.Juni fand vor der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Lübeck die letzte Anhörung zur Aussetzung von Irmgards Strafe statt. In der BRD ist es "gesetzlich vorgesehen", daß "lebenslänglich" Verurteilte nach 15 Jahren entlassen werden können. Bei Irmgard wäre das also schon vor 7 Jahren der Fall gewesen. Das Gericht bestand jedoch darauf, daß Irmgard sich von einem Psychiater begutachten ließe. Sie lehnte dies, wie alle anderen Gefangenen aus der RAF, grundsätzlich ab. Sie wollte sich nicht dafür mißbrauchen lassen, legitimen Widerstand gegen eine menschenverachtende Politik für krank oder verrückt darstellen zu lassen. Der taz vom 25.10. nach ist dieses Gutachten jetzt nach Aktenlage erstellt worden und kommt zu dem Schluß, "daß die in den Taten zutage getretene Gefahr nicht weiterbestehe". Demnach gibt es seitens des Lübecker Gerichts keine Einwände mehr, einer Freilassung Irmgard Möllers zuzustimmen. Nun muß die Staatsanwaltschaft zu dem Gutachten Stellung nehmen. Auf jeden Fall ist eine baldige Freilassung von Irmgard nunmehr recht wahrscheinlich geworden, definitiv entschieden ist darüber aber noch nicht.

Die Freude darüber darf nicht vergessen lassen, daß auch die anderen Gefangenen aus der RAF, viele von ihnen seit 15-19 Jahren eingeknastet, selbstverständlich sofort und bedingungslos freigelassen werden müssen!. Christine Kuby z.B., wie Irmgard in Lübeck inhaftiert, sitzt seit nunmehr fast 17 Jahren im Gefängnis. Folgenden kurzen Artikel haben wir dem Angehörigen-Info entnommen:

Christine Kuby muß raus — sofort und bedingungslos!

Die Situation von Christine Kuby hat sich in den letzten Wochen weiter zugespitzt: Es sind bereits irreparable Nervenschädigungen eingetreten. Wenn sie nicht sofort rauskommt, können diese Schäden zu bleibenden Lähmungen führen. Durch diese Zuspitzung wird noch einmal deutlich, daß ihre sofortige und bedingungslose Freilassung für eine Rehabilitation notwendig ist.

Christine ist jetzt seit fast 17 Jahren gefangen. In den letzten Jahren ist sie schwer erkrankt und hatte mehrere, von Mal zu Mal schlimmer werdende Bandscheibenvorfälle (siehe *Info* Nr. 155). Die zuständigen Behörden, denen Christines Situation bekannt ist, verweigern ihre Entlassung, weil sie ihrer politischen Überzeugung nicht abschwört. Es ist dringend notwendig, in den nächsten Tagen und Wochen massive Anstrengungen zu unternehmen, um die Situation von Christine — und damit die fortgesetzte Folter — in die Öffentlichkeit zu bringen und mit allen Mitteln Druck für ihre Freilassung zu entwickeln. Die Logik der Herrschenden, die Gefangenen erst so lang der Isolationsfolter auszusetzen, daß sie krank werden, um sie dann mit dem Fakt irreversibler Schäden weiterzufoltern, muß gebrochen werden!

Prozeßverlauf in Berlin

Im Berliner Kaindl-Prozeß ist Mordanklage vom Tisch. Im Verlaufe der Einlassungen und Prozeßerklärungen, die die Angeklagten im Laufe der letzten Prozeßtage gemacht haben, ließ sich die Konstruktion der "antifaschistischen MigrantInnenorganisation = MörderInnenbanden" nicht mehr aufrechterhalten. Vielmehr legten die Angeklagten ihre Gründe nocheinmal dar, sich organisieren zu müssen, um dem zunehmenden alltäglichen Naziterror in der BRD begegnen zu können. Für die Richterin Eschenhagen dürfte dies jedoch nicht so vordergründig gewesen sein, wie die Erkenntnis, daß eine Tötungsabsicht seitens der MigrantInnen nicht bestanden hat, als sie die Faschisten in dem Chinarestaurant in Berlin-Neukölln an jenem Abend aufgesucht haben. (Die deutsche Justiz sitzt bekanntlich mit ihrem fetten Hintern auf dem Gewaltmonopol des Staates und in der Hierarchie niedrige InstanzenrichterInnen würdigen vielleicht mal diesen und jenen moralischen oder sonstwie integeren Beweggrund-Sie erkennen diese jedoch nie an, weil Sie immer auf der anderen Seite stehen).

Aus dieser fehlenden Tötungsabsicht wurde dann in der Anklage aus dem gemeinschaftlich begangenen Mord eine Körperverletzung mit Todesfolge. In der Zwischenzeit sind auch die belastenden Aussagen von Erkan und Bazdin als "nicht verwertbar" für den Prozeß eingestuft worden. Für Erkan, der laut Gericht zum Tatzeitpunkt schuldunfähig war, beantragte die Staatsanwältin Nielsen lebenslange Unterbringung in einer geschlossenen psychatrischen Einrichtung. Die belastenden Aussagen von Bazdin sind nicht verwertbar, da er zum einen nicht über seine Rechte beim Verhör aufgeklärt worden ist.. Außerdem ist sein Verör bei dem Staatsschutz so

gelaufen, daß ihm vorgegauckelt wurde, er hätte Vorteile davon, wenn er einfach zu allem ja sagen würde, was sie ihm erzählen. Demnach ist er auf einen der ältesten Bullentricks der Welt reingefallen. "Wenn-du-einfach-alles-bestätigst-was-wir-sowieso-schon-wissen-kommst-du-bald-raus" und schwupp, hat er nicht mehr darüber nachgedacht, daß er sich und den anderen aine Mordanklage an den Hals geredet hat.

So war also das Ergebnis der Vernehmungen, daß es sich bei diesem Abend nicht um eine gezielte, sondern eher um eine spontane und chaotische Aktion gehandelt hat, bei der dann noch nicht mal alle Angeklagten anwesend gewesen sind. Abidin hat mehrfach erklärt, er sei an diesem Abend nicht in dem Restaurant in Neukölln gewesen, was von Bazdin auch bestätigt wurde, als dieser im Prozeß seine Aussage zurücknahm. Fatma ist einer anderen Aussage nach nicht anwesend gewesen, da wenigstens einer der beteiligten Männer aufgrund seiner islamistischen Weltanschauung eine Teilnahme von Frauen an solchen Aktionen nicht billigte. Abidin und Fatma sind in der Zwischenzeit entlassen worden. Für die anderen geht der Prozeß unter der neuen Anklage weiter.

Kommt zum Prozeß jew. Di & Fr., 9 Uhr, LG, Moabit, Turmstraße. Termine im November : 4.,8.,11.,15.,18.,22.,25.,29.,2.12. Koordiniert eure Prozeßbesuche mit den UnterstützerInnen. Prozeßbüro 030/6949354.

Das Spendenkonto wurde auf Betreiben des Staatsschutzes von der Bank nunmehr zum zweiten Mal gekündigt, eine neue Kontoverbindung ist noch nicht bekannt.

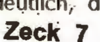
Quellen: Herzschläge Bulletin Nr.2, Rote Hilfe 4/94, Junge Welt vom 28.10.94, Zeck`s der letzten Monate

Eigentlich kein Beitrag zu "Israel" und Palästina ...

...sondern ein Leserbrief zu den Sätzerbemerkungen im Artikel zur Strobl-Veranstaltung (ZECK 10/94)

SätzerInnenbemerkungen waren in den ersten Jahren der taz Ausdruck des Widerspruchs zwischem kollektivem Anspruch der Zeitungsarbeit und der tatsächlich erfolgten Arbeitsteilung zwischen Schreibenden und denen, die "unsichtbar" in der Technik arbeiteten. Trotz kollektivem Anspruch und zig Inhalts-Konferenzen wurde das "Projekt taz" inhaltlich logischerweise von denen geprägt, die tagtäglich die Artikel schrieben. In diesem Sinn hatten die Bemerkungen der SätzerInnen immer auch subversiven Charakter: Sie attackierten die Macht der Schreibenden, der Meinungs-Macher und -Bestimmer; sie konnten die "Macht des geschriebenen Wortes" (wie das so schön heißt) untergraben: Manchmal genügte ein einfaches Fragezeichen um einen kunstvoll gearbeiteten Absatz, der letztlich nur verdecken sollte, daß ein Autor nichts zu sagen hat, zum Einsturz zu bringen.
Die politischen Widersprüche innerhalb der taz (in der Technik arbeiteten noch lange viele Linksradikale, während Journalistinnen und Journalisten immer bürgerlicher wurden) gaben den SätzerInnen-Bemerkungen ihren Reiz. Keine Frage, warum sie über die Jahre verschwunden sind: Der Kampf ist dort längst entschieden.
In der "Arbeit" des Sätzers an dem Artikel "Zur Veranstaltung mit Ingrid Strobl" ist von der (oftmals) linksradikalen Subversivität der taz-Bemerkungen nichts mehr übriggeblieben. Hier werden sie zum einfachen Machtmittel. Ein solches Vorgehen hat mit dem Anspruch einer linksradikalen Zeitung nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Als erstes ist festzustellen: Bei dem "Ingrid Strobl"-Artikel handelt es sich um den faktischen Beginn einer schriftlichen Debatte über den Ablauf der Veranstaltung. Daß dieser inhaltlich sehr scharf formuliert ist, liegt am Thema - nicht an der Autorin/dem Autor. Die Sexismus-Debatte, die die ZECK zumindest in ihren Anfängen noch vollständig dokumentieren wollte, ist inhaltlich sehr viel schärfer.
Wer/welche in der ZECK einen Beitrag veröffentlicht haben will, muß erstmal an der Redaktionskonferenz "angenommen" werden. Die ZECK entscheidet. Das mag nicht immmer so tragisch sein; macht aber deutlich, daß die Macht hier nicht wie bei der taz bei den Schreibenden liegt, sondern bei der Konferenz, den MacherInnen und Machern der Zeitung.
Schon deswegen fand ich es nur noch ätzend zu sehen, daß sich hier einer nicht mal die Mühe gemacht hat, eine Gegenposition aufzuschreiben. Sondern: er versucht den Artikel mit Sätzerbemerkungen zu verhackstücken. Das Ziel eines solchen Umgehens ist deutlich: Einmal soll dadurch eine genaue Begründung der eigenen Position überflüssig gemacht werden. Die flotte, polemische, hämische oder irgendwann auch mal zeilenlang ach-so-inhaltsschwer zitierende Sätzerbemerkung greift nur an, formuliert aber nie die eigene Position, sondern gibt unausgesprochen vor, sich auf einen gemeinsamen Konsens mit der LeserInnenschaft beziehen zu können.
Zum zweiten wird der Argumentationsfluß der/des AutorIn mit zentimeterlangen Bemerkungen unterbrochen: Das ist ungefähr die gleiche Ebene, wie wenn Leute bei Veranstaltungsdiskussionen durch Zwischenrufe aus dem Konzept gebracht werden sollen. (Daß der Sätzer bei seiner Wursterei dabei



sogar in der dritten Spalte mindestens Teile eines Satzes rausgeschmissen hat, ist ein wohl unabsichtliches aber bezeichnendes Ergebnis seiner glänzenden Arbeit.)

Wichtiger und für autonome (und das heißt in der Regel: männerbestimmte) Diskussionen bezeichnender ist mir aber ersteres:

Die "eben-mal-schnelle-Bemerkung", mit der es möglich ist anzugreifen, ohne eigentlich etwas zu sagen zu haben.

Oder wie soll ich mir erklären, daß die einzige klare und eigene Information des Sätzers die ist, daß Ch. Grossmann aus Bialystock kommt, was "so etwa 150 km nordöstlich von Warschau liegt". Dank an dieser Stelle an die Erdkundelehrerin des Sätzers für die Vermittlung solch' grundlegender geographischer Fertigkeiten - aber mal im Ernst: welche Bedeutung hat diese Berichtigung außer der vorgetragenen Häme darüber, die AutorIn endlich mal bei einem sachlichen Fehler erwischt zu haben? Die kleine Häme desjenigen, der buchhalterisch Sachinformationen abgleichen kann, aber politisch-inhaltlich nichts zu sagen hat?

Deswegen muß er bei der eingestreuten Sätzerbemerkung bleiben. Denn alles andere hätte ja Mühe, Genauigkeit gekostet. Und so ist es allemal leichter das Papier "Das Ziel nie aus den Augen verlieren", auf das sich die AutorIn des Strobl-Beitrags positiv bezieht, eben locker als "gequirlten Quark" abzuqualifizieren, als wirklich eine Gegenposition zu begründen: Wirklich nett, dieses peppige, schnell hingeworfene "gequirlter Quark", die Claqueure und Claqueurinnen fallen dankbar ein, und Juchhu! weiter gehts.

Das genannte Papier kritisiert I. Strobl aus feministischer Sicht und bezieht sich auf die revolutionäre Palästinasolidarität der 70er und 80er Jahre, verarbeitet Material aus deren historisch-materialistischer Analyse. Kein Mensch verlangt vom Sätzer, daß er historisch-materialistisch oder gar revolutionär denkt. Aber dann soll er seine Position auch so und nicht mit kulinarischen Argumenten begründen. Ganz einfach der Klärung der Verhältnisse wegen.

Er ist einen anderen Weg gegangen: Mit möglichst wenig eigener Substanz möglichst viel Wirkung erzielen - das mag zwar zur Aufrechterhaltung (vornehmlich autonomer) Großmannssucht genügen, mit politischer Debatte hat das nichts mehr zu tun. Wirklich skurril an solchen Beispielen ist, daß autonome Männer, die ein solch unverfrorenes Verhältnis zu Machtspielchen haben, in jeder Diskussion über die SU- oder KPD-Politik sich vehement "antistalinistisch" geben. Ich habe keine Ahnung, wer der Sätzer ist: Aber soll'n wir wetten, daß ich ins Schwarze getroffen habe?

Das Problem scheint zu sein, daß es zu einer wirklichen Gegenposition zu "Das Ziel nie aus den Augen verlieren..." wohl nicht gereicht hätte, sehen wir uns die Bemerkung des Sätzers zur Schreibung "Israels" (mit Tüddelchen) an: Die versuchte Polemik ("kennen wir doch aus der Springerpresse, oder?") endet recht peinlich, weil sie eigentlich nur klar macht, daß da einer leider so gar nichts weiß von der Geschichte antiimperialistischer Bewegungen und ihrer Politik. (Deswegen "versuchte" Polemik.) Das kann mensch dem Sätzer nicht unbedingt vorwerfen. Aber warum soll der "Ingrid Strobl"-Beitrag drunter leiden?

Zudem kenne ich den Springer-Spruch bisher - und es gibt ja nun wirklich einige Argumentationslinien gegen "Israel mit Tüddelchen" - nur aus Beiträgen und Büchern, in denen offen die zionistische Aggression gegen die PalästinenserInnen verteidigt wird und dabei jedes Mittel - und sei es noch so blöd - angewandt wird, um die internationalistische Linke anzupissen: Tja, the times they are a changing und rinks und lechts kann mensch reicht velwechsem ...

Die Schreibweise "Israel in Tüddelchen" kommt aus der palästinensischen Befreiungsbewegung: Zionistische Terrorgruppen und die folgenden militanten Siedlerorganisationen (übrigens vor allem die von I. Strobl immer wieder als "links" bezeichneten Gruppen des sog. Arbeiter-Zionismus, deren Ideologie - bspw. Bochorov, der auch Ingrid Strobl ein Begriff ist - mit der der National"revolutionäre" um Strasser zu vergleichen ist) hatten binnen weniger Jahre hunderttausende Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben, tausende massakriert, Dörfer und Felder niedergebrannt, Ernten vergiftet und schickten sich an, auf diesem "seit Jahrhunderten menschenleeren Fleckchen Erde" einen Staat nach eigenen Gesetzen aufzubauen, der die übriggebliebene palästinensische Bevölkerung in Flüchtlingslagern und Ghettos als billiges Arbeitskräftereservoir sich hielt. Die Schreibung "Israel in Tüddelchen" drückt nichts anderes aus, als den Willen der palästinensischen Bewegung die historische Ungeheuerlichkeit nicht hinzunehmen, daß es möglich ist, Hunderttausende einfach zu vertreiben, tausende zu töten und alles niederzubrennen, was an die Existenz der BewohnerInnen erinnert und dieses Massaker in der Akzeptanz des neuen Staates, der sich darauf gründet, faktisch zu verzeihen, ja mehr noch: zu rechtfertigen. Die Solidaritätsbewegung hat diese Schreibweise dann übernommen. Ein übrigens recht üblicher Vorgang, drückt er doch einfach die politische Solidarität mit einer Bewegung aus. So haben Soligruppen, wenn auch sehr spät, vor einigen Jahren damit begonnen, von Azania zu sprechen: Keine Spitzfindigkeit, sondern Ausdruck dessen, daß mensch die Fakten des Kolonialismus und der Siedlerregimes nicht bereit ist zu akzeptieren.

Ein zweites kommt hinzu: "Israel" ist der einzige Staat der Welt, der - von geraubtem Boden aus - nicht bereit ist, seine Grenzen zu definieren:

Erez-Israel (Groß-Israel) ist keine Absurdität irgendwelcher durchgeknallter Fanatiker, sondern Teil der zionistischen Ideologie, die Staatsideolgie "Israels" ist. Die Zionisten sind der Ansicht, daß zu "Israel" noch Jordanien, Teile Syriens, der Libanon und Teile Ägyptens gehören, deren Anbindung an den bisher "erkämpften Boden Israel" eine Frage des Kräfteverhältnisses sei. Das bedeutet, "Israel" ist ein Kampfbegriff, "israelisch" ist das, was die Armee halten kann, was das internationale Kräfteverhältnis, der Imperialismus, politisch und militärisch möglich macht. Die Knesset diskutiert gerade - nachdem die ökonomisch angeknacksten USA in den letzten Jahren auf Ruhe (nicht auf Frieden) im arabischen Raum drängen - ob die syrischen Golanhöhen denn nun nur einfach "besetzt" oder schon "israelisch" seien.

Soweit zum Thema "Springerpresse".

Letztenendes meint "der genervte Sätzer" bemerken zu müssen, daß die AutorIn nun schon zum dritten Mal schreibe, daß eine "Diskussion über Hintergründe und Konsequenzen des Faschismus" nicht gewollt war, und fordert, daß die AutorIn, dies nun nachhole.

Er weiß sehr gut, daß es gar nicht Ziel der AutorIn war, ein Referat über "Hin-

tergründe und Konsequenzen des Faschismus" zu schreiben; es von daher reichlich abstrus ist, so rotzend zu verlangen, die AutorIn solle endlich mal zur Sache kommen. Er/sie war längst bei der Sache (und schon fast zu Ende damit).

Sondern sein/ihr Anliegen war es vielmehr, nachdem es vielen in der krassen Stimmung auf der Veranstaltung "die Sprache verschlagen hat" - mir übrigens auch - nochmal was zum Ablauf der Veranstaltung und zu den Intentionen der Beteiligten - aus parteilicher Sicht, logo - zu sagen. Dabei war das 'keine Diskussion über Hintergründe erwünscht' ein Argument in der Bewertung der Veranstaltung, wie eigentlich jede/r erkennen konnte.

Daß der Sätzer hier so tut, als ginge es um etwas anderes, macht es ihm nochmal abschließend möglich, sein stimmungsmäßiges Genervtsein zu artikulieren (sowas ist auch mal wichtig, gelle?) und bewahrt ihn wiederum davor, inhaltlich auf eine Kritik zu antworten, die richtigerweise feststellt, daß eine politische Debatte von Strobl und den Buchladenleuten nicht erwünscht war und verhindert werden sollte. Nur darin bekommt diese "Bemerkung" ihren Sinn.

Es ist schon beachtenswert, daß der Umgang des Sätzers mit dem Beitrag genau der ist, der schon beispielsweise die Panik auf dem Podium bestimmte, daß um-Gottes-willen keine kritische Diskussion um Strobls Position entsteht oder das Geblöke als der Genosse von der Gruppe Arbeitpolitik eine Position vertrat, die großen Teilen des Publikums nicht gefiel.

Genau das war Thema des Beitrags "Zur Veranstaltung mit Ingrid Strobl", genau das passierte hier wieder. Wie faßte das die AutorIn zusammen?

"Was für ein großartiges Zeugnis für die Diskussionsfähigkeit und Ernsthaftigkeit der (...)Hamburger Linken "

Und ich hatte mich schon gewundert, warum ich beim Lesen der Sätzerbemerkungen immer das Gesicht des "Diskussionleiters" vom Schanzenbuchladen vor Augen hatte. Auch der hatte seine Position nur benutzt, um gegen jede Kritik an Ingrid Strobls Ansatz anzupöbeln.

Interessant ist auch, daß es wohl keinen ZECK-Artikel gibt, in den eine Sätzerin so unverfroren reinfuhrwerkte. Daß diese "Neuerung" justament beim (vermeintlichen) -Thema "Israel"/Palästina kommt (Strobl wußte das "eigentliche" Thema der Kritisierenden, obwohl diese davon nicht gesprochen hatten...), ist kein Zufall:

Der volle Angriff auf den Internationalismus seitens der Rechten und (ex-)linken Reformisten erfolgte spätestens mit dem Golfkrieg: Ziel war die Solidarität mit Palästina als zentralem Punkt der internationalistischen und revolutionären Linken seit Ende der 60er Jahre.

Willkommen im Club!

Ich fordere Euch von der Zeck auf, nochmal zu dem Vorgehen des Sätzers in diesem Beitrag Stellung zu nehmen, da ich der Ansicht bin, daß sowas in einer linken Zeitung keinen Platz haben darf.

Außerdem fordere ich Euch auf, politisch zu begründen, warum ihr den Beitrag "Das Ziel nie aus den Augen verlieren - eine feministische Antwort auf die Verdrehungen und Verfälschungen der Geschichte durch Ingrid Strobl" nicht abgedruckt habt.

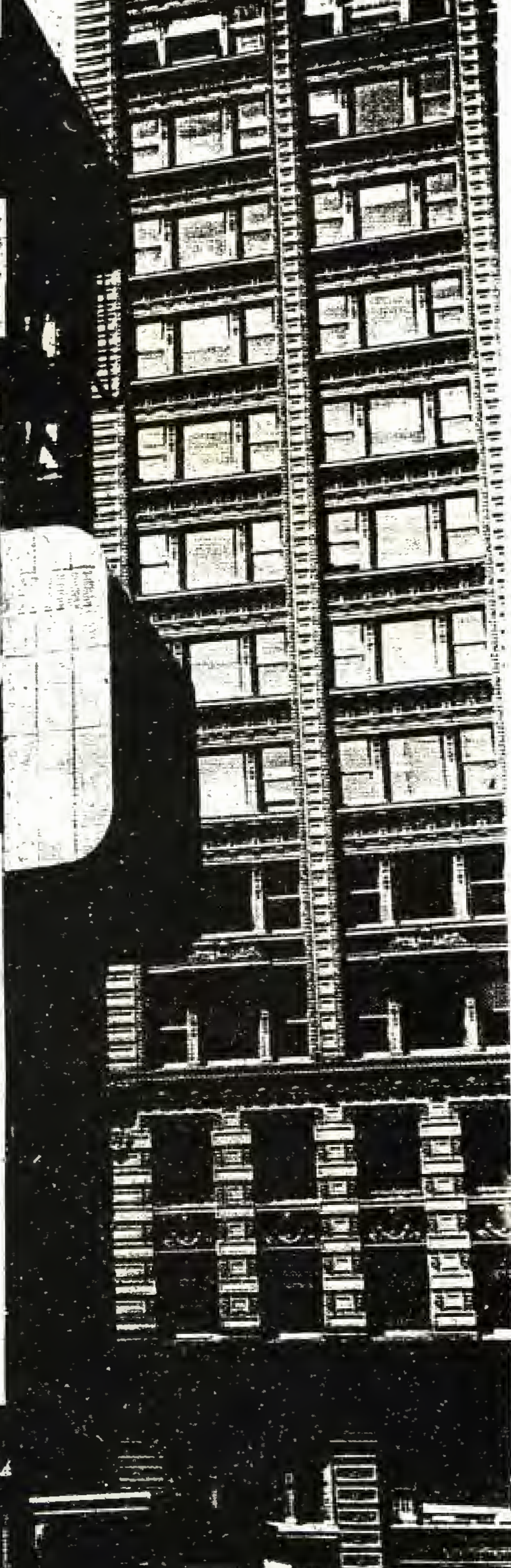
Sprich: den "gequirlten Quark", den Euch der Sätzer da eingebrockt hat, auszulöffeln und politisch zu antworten.

G. Gensatz

Anmerkung der Redaktion:

Die Sätzerbemerkungen in dem Strobl-Artikel waren unter uns umstritten und haben zu heftigen Diskussionen geführt. Die Form der Kommentierung (in den Text eingearbeitet) war nicht in der Redaktion abgesprochen und wurde von einigen von uns heftig abgelehnt. Das betrifft aber nicht die inhaltliche Kritik am Text, die wir in der Mehrheit durchaus teilen.

Wenn im abgedruckten Text Teile des Originals fehlen, wie uns vorgeworfen wird, so war das ein bedauernswertes Mißgeschick, jedenfalls keine Absicht. Leider liegt uns das Original nicht mehr vor.



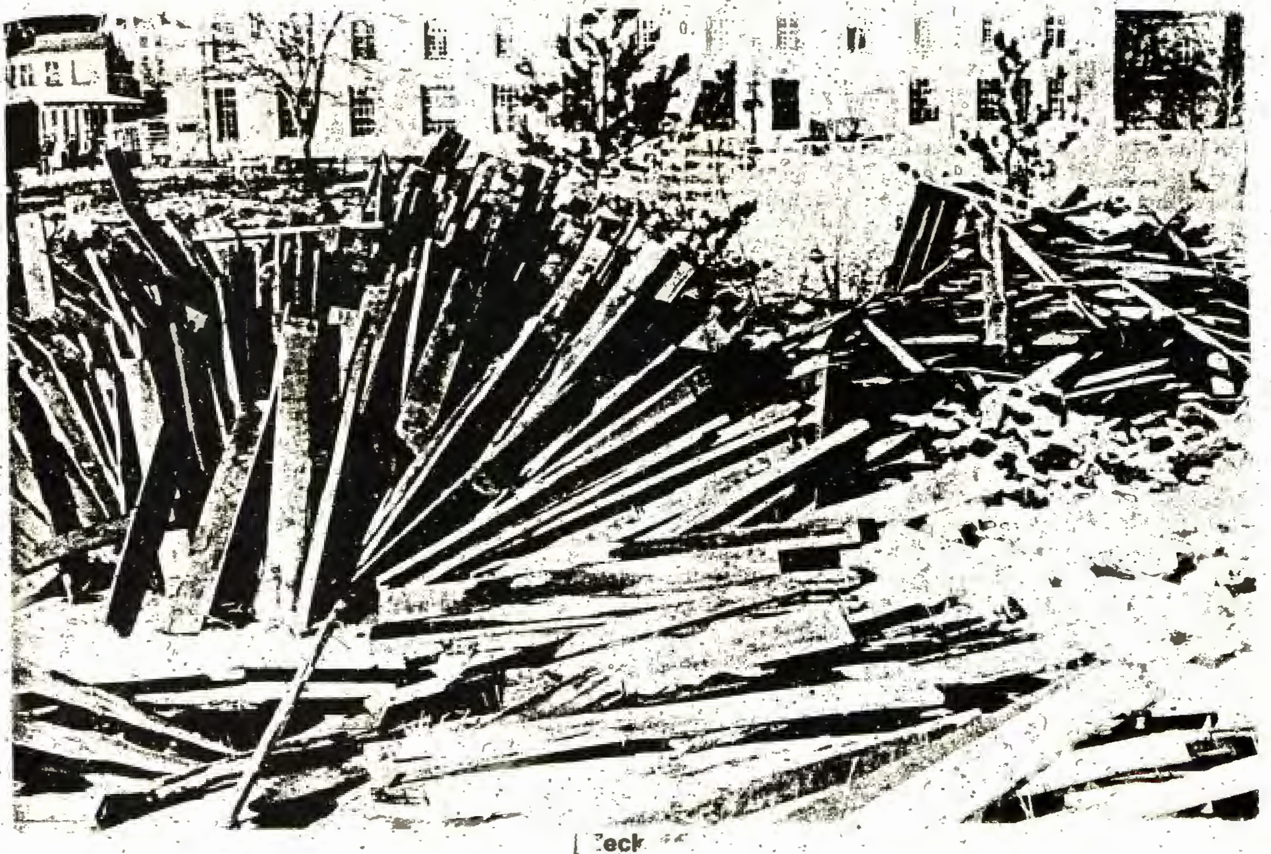
Auch mit edlen Ideen kann man die Welt verwüsten- Ingrid Strobl, die Linke und der Antisemitismus

Ingrid Strobl hat in ihrem Beitrag „Das unbegriffene Erbe - Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken" offenbar einen Nerv in der autonomen/ antiimperialistischen Linken zielsicher getroffen und mit der Zwangsläufigkeit des Reiz - Reaktionsschemas erfolgte letzteres: "Verdrehungen und Verfälschungen der Geschichte durch I. Strobl" attestiert ein Frauenzusammenhang aus Berlin mit einem über neunseitigen Papier „Das Ziel nie aus den Augen verlieren" vom Juni 1994; in der letzten Oktober-ZECK sieht einE SchreiberIn eine Art Strobl-Springer Connection, indem Strobls´ Artikel mit *„unhaltbaren und falschen Behauptungen"* belege, *„daß genau das* (Strobls´ Artikel) *Journalismus ohne politisch-ernsthaften Anspruch"* sei. Alternativ hält der/die SchreiberIn Strobl zugute, daß ihr *„nun vollends der (politische) Verstand verloren gegangen"* sei. Schließlich die Lesung Strobls´ Ende August im Schanzenviertel, auf der u.a. VertreterInnen der HH´er Palästinasoligruppen ihren Unmut über Strobls´ Haltung zur Schau stellten.

Die Vehemenz, mit der Strobls´ Position zum Antisemitismus in der Linken widersprochen wird und die überwiegend aggressive Ab- und Ausgrenzung ihr gegenüber erscheint dabei gerade wie ein Beleg dessen, was bestritten werden soll: die offensichtliche Existenz eines linken Antisemitismus. Und gerade das Papier der Berliner Frauen bzw. der Beitrag in der letzten ZECK zum Thema sind ein vielseitiges Beispiel für die von Strobl behauptete Ignoranz, naive Selbstgefälligkeit, historische Ahnungslosigkeit und einem kaltem Desinteresse in der Linken.

Gerade in der Geschichte der Neuen Linken gab es in Vergangenheit immer wieder Beispiele antisemitischer Affekte. Sie zu diskutieren, bedeutet, sich der eigenen Geschichte zu vergewissern. Es bedeutet längst nicht, damit z.B. pauschal die Solidarität mit dem Kampf der PalästinenserInnen um Selbstbestimmung zu diffamieren. Doch wenn ausführlich versucht wird,Strobl nachzuweisen, daß sie eigentlich bürgerliche Positionen vertrete, patriarchale Geschichts- fälschung betreibe, drängt sich der Verdacht auf, daß mangelnde Linientreue hier durch Ächtung abgestraft werden soll. Zum Beispiel der Begriff des „Antizionismus". Seit einigen Jahren existieren Untersuchungen, die den Ursprung und die Geschichte dieses Begriffs in der Linken thematisieren (1). Es gibt Kontinuitäten zwischen den antisemitischen Kampagnen unter Stalin 1948-53, antisemitischen Ausfällen der u.a. polnischen KP unter dem damaligen Parteichef Gomolka und der Etablierung des Antizionismus in der Neuen Linken der BRD nach 1968. Doch statt sich wirklich ideologiekritisch mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, tönt es im Frauenpapier aus Berlin: *„Die gesamte Ära des Stalinismus wird so auf die Kampagne gegen die „jüdische Weltverschwörung" reduziert. Eine derartig dummdreiste Propagandalüge hat nichts mehr mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Kämpfe (...) zu tun"*. Wird so also die von Stalin befohlene Liquidierung des 1942 gegründeten Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK) in der Sowjetunion zwischen 1948-52 zur dummdreisten Propagandalüge? Die Hinrichtungen, „Selbstmorde" und „Unfälle" von David Bergelson, Solomon Losowski, Peretz Markisch, Solomon Michoels oder Wjatscheslawa Molotow, die alle zu den führenden AktivistInnen des JAK gehörten, sind kein Anlaß für eine kritische Auseinandersetung mit (linker) Geschichte? Die wegen ihres jüdischen Glaubens verschleppten und ermordeten Intellektuellen, ÄrztInnen und KommunistInnen vier Jahre nach der Befreiung Auschwitz´ und drei Jahre nach dem Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus, Prawdaartikel aus dem Jahre 1949, die z.B. den Kritiker Isaak Nusinow als „wurzellosen Juden" und „Kosmopoliten" denunzieren, der antisemitisch motivierte sogenannte „Slansky"-Prozeß und das aufgedeckte „jüdische Arzte komplott" 1952/53 sind in der Lesart der Berliner Frauen nur noch Teil einer *„reduzierten Betrachtung"* und in der Konsequenz schon gar kein Grund, sich mit antisemitischen

Afrekten innerhalb der Geschichte der Linken auseinanderzusetzen. Neben diesen historischen Gründen gibt es allerdings auch in der aktuellen Auseinandersetzung um den Begriff des Antizionismus Argumente, die zumindest zur Kenntnis genommen werden müssen: „*Die Rückkehr von Juden nach Zion mit dem Ziel, dort eine Gesellschaft aufzubauen, in der Juden keine Minderheit sind, kann per definitionem nicht auf Nichtjuden angewendet werden. Da es keine nichtjüdischen Zionisten geben kann, kann es auch keine nichtjüdischen Antizionisten geben; keine christlichen und auch keine muslimischen. Ein Nichtjude kann und mag vieles an Juden, am Judentum an einer israelischen Partei, an einer israelischen Regierung, an israelischem Vorgehen usw. kritisieren, er ist und bleibt dabei lediglich ein Kritiker der Regierung Israels. „Antizionismus bleibt eine innerjüdische Option. In nicht - jüdischer Rede wird sie grundsätzlich anti-israelisch.*" (2)
Da aber die Berliner Genossinnen offenbar ausschließlich wie auch „*die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes (...) die allermeisten Informationen von den kämpfenden Organisationen selber* (hatten)", wird die eigene Verstricktheit in den Konflikt zwischen PalästinenserInnen und Israelis verschleiert. Diese Betrachtungsweise ignoriert alle sozialen und kulturellen Kontinuitäten der Geschichte des modernen Antisemitismus wie auch des christlich motivierten Antijudaismus des Mittelalters in Deutschland, in denen selbstverständlich auch die Neue Linke nach 1968 steht, wenn sie über den palästinensisch-israelischen Konflikt redet. Wer in der Rede über Israelis und PalästinenserInnen als DeutscheR die Shoa nicht zum Ausgangspunkt macht, leistet einen Beitrag zur Verdrängung dessen, was immer noch Grundlage sein muß: die Einzigartigkeit der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa durch Deutsche neben anderen Betroffen wie Roma und Sinti. Wer sich dieser Voraussetzung nicht stellt und so selbstverständlich den Antizionismus propagiert, vom imperialistischen Gebilde Israel (mit springerschen Anführungszeichen) spricht, landet schnell in der Nähe jener, die die Gnade der späten Geburt für sich reklamieren. Wenn dann mit einer schütterlicher Beharrlichkeit das Existenzrecht Israels bestritten wird im einzigen Land der Welt, das so gründlich daran gegangen war, die Frage der Existenzberechtigung von Juden mit der millionenfachen Deportation in die Vernichtungslager endgültig zu erledigen, kann das nur noch mit „kaltem Desinteresse" bezeichnet werden. Das schamhafte Hinweghuschen über die Shoa in der Linken ist dann genau Ausdruck dessen, was Strobl u.a. autonom-antiimperialistischen Zusammenhängen vorhält,nämlich von Ignoranz und historischer Ahnungslosigkeit.
Wie deprimierend die Qualität der Auseinandersetzung mit geschichtlichen Fakten ist, zeigt die wiederholt thematisierte Zusammenarbeit von Zionisten und Faschisten durch verschiedene Veröffentlichungen in den letzten Jahren. Die Berlinerinnen die beklagen, daß ihre Auseinandersetzung mit Zionismus und Faschismus als antisemitisch denunziert wird, sagen dazu: „*Die nachgewiesenen Fakten der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Interessen von den deutschen Faschisten und der zionistischen Siedlerbewegung sind als antisemitisch weil sie sich gegen*



die Zionisten (also gleich Juden) richten." Sie irren, die Berlinerinnen, wenn sie glauben, der Antisemitismusvorwurf begründe sich auf die Tatsache der Dokumentation dieses historischen Fakts: die Frage ist, mit welchem Ziel diese Zusammenarbeit thematisiert wird. Es geht nämlich in der Mehrzahl der Beiträge darum, Faschisten und Zionisten gleichzusetzen, indem die Zusammenarbeit als weltanschauliche Übereinstimmung dargestellt wird und somit „die" Zionisten in die Nähe der Mittäterschaft bei der Shoa gerückt werden, wie in einer Broschüre aus Hamburg 1989:

„Zionisten waren auch für jüdische Schulen, bevor die Nationalsozialisten jüdische Kinder vom Besuch allgemeiner Schulen ausschlossen und zum Besuch jüdischer Schulen zwangen. Bevor die Nationalsozialisten die Kennzeichnung der Juden im öffentlichen Leben anordneten erklärte das Organ der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" (ZVfD) , die Jüdische Rundschau 1933: „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!" „ (3)

Der Wunsch, kulturelle und religiöse Tradition durch eine konfessionell gebundene Schule zu wahren, steht nicht außerhalb der Kritik - dies mit der rassistisch und aggressiv ausgrenzenden Politik der Nationalsozialisten zu parallelisieren ist starker Tobak. Schließlich den Leitartikel des Chefredakteurs der Jüdischen Rundschau, Robert Weltsch vom 4.April 1933 (drei Tage nach dem Boykottaufruf der Nazis gegen jüdische Geschäftet) „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!" als zustimmende Vorwegnahme nationalsozialistischer Ausgrenzung anzuführen, bedeutet (dummdreiste?) Geschichtsfälschung. Tatsächlich wendet sich Weltsch gegen den Antisemitismus der Nazis:"*...Daß die Boykottleitung anordnete, an die boykottierten Geschäfte Schilder „mit gelben Fleck auf schwarzen Grund" zu heften, ist ein gewaltiges Symbol. Diese Maßnahme ist als Brandmarkung, als Verächtlichmachung gedacht. Wir nehmen sie auf, und wollen daraus ein Ehrenmal machen. (...) Wir gedenken all derer, die seit fünftausend Jahren Juden genannt, als Juden stigmatisiert wurden. Man erinnert uns, daß wir Juden sind. Wir sagen Ja, und tragen es mit Stolz.*" Weltsch zuweilen naiv-trotzige Haltung, seine kleinkariert anmutenden Anklagen gegen assimilierte Juden in diesem und anderen Artikeln mögen aus der Sicht heutigen Wissens um die Konsequenzen nationalsozialister Politik verfehlt wirken, aber genau deshalb dokumentieren sie die tödliche Ahnungslosigkeit der Mehrheit des deutschen Judentums, zu einer Zeit wo wenige etwas vom gelben Stern oder „Nürnberger Gesetzen" ahnten. Nicht mehr und nicht weniger.



Und als die „Nürnberger Gesetze" inkraft waren, bedeutete die Zusammenarbeit von Nazis und Zionisten für deutsche Juden eine Möglichkeit der Emigration aus Deutschland (das auch innerjüdisch umstrittene sog. „Haavara"-Abkommen), ohne daß absehbar war, daß der Weg der in Deutschland ausharrenden Juden in den Deportationszügen nach Auschwitz enden würde. Doch in der Wahrnehmung linker Geschichtsschreibung handelt es sich um den *„Zionismus im Komplott mit dem Nationalsozialismus"* (4) und das ist dann linker Antisemitismus: ein Komplott (laut Duden der DDR, Leipzig 1984 synonym für Verschwörung, heimtückischer Anschlag!) von Zionisten hat es außer in den Köpfen von Antisemiten nicht gegeben und wäre als Kollektivzuschreibung sowieso verfehlt und diffamierend (und bei jenen Zionisten, die z.B. Hannah Arendt 1948 Faschisten nennt, begründete sie es auch (5)) . Denn vom „Deutschen Kommunismus im Komplott mit dem Nationalsozialismus" lesen wir trotz eines aus taktischen Erwägungen gemeinsam mit den Nazis durchgeführten Streiks in Berlin 1932 (für Neurechte jüngst Anlaß, Kommunisten und Faschisten gleichzusetzten!) ebensowenig, wie von den „Palästinensern im Komplott mit den Nationalsozialisten": der führende Repräsentant der Araber in Palästina, Hajj Amin al-Husseini hatte massiv die Nähe zu deutschen Faschisten gesucht. Seit Ende 1937 gab es fortgesetzte Kontakte mit den Nazis, 1941 ein persönliches Treffen mit Hitler. Husseini war aktiv am Aufbau islamischer Einheiten („Handjjar"-Einheiten) im besetzten Jugoslawien unter dem Befehl der Waffen-SS beteiligt die an der Bekämpfung von Partisanengruppen teilnahmen und in die Liquidierung von Juden in Kroatien verstrickt waren. Obwohl nach dem Krieg Jugoslawien die Auslieferung Husseinis als Kriegsverbrecher verlangte, lebte er bis zu seinem Tode 1974 unbehelligt in verschiedenen arabischen Staaten (6). So scheint für manche Linke die Geschichte ein riesiger Gemischtwarenladen zu sein, aus dem sie herausklauben, was ihnen gefällt und ins Konzept paßt. Oder aber eine Glaskugel, in der die Geschichte grad so erscheint, wie

sie gewünscht wird. Gerade der/die SchreiberIn des ZECK- Artikels zur Strobl-Lesung demonstriert die Glaskugelvariante exemplarisch: *„Warum z.B. schreibt sie* (Strobl) *nichts über die jüdischen Widerstandskämpferinnen (...) die z.B. im spanischen Bürgerkrieg kämpften, oder die zunächst nach Palästina auswanderten und dann wieder fortgingen, weil sie die Politik dort nicht mittragen wollten...“.* Die Argumentationskette, die sich hinter dieser Forderung verbirgt, lautet ungefähr so: Israel ist scheiße und das wird doch klar, indem Beispiele (gesucht und) gefunden werden, die das belegen. Es werden integere und unverfängliche Belege aus dem Haufen der Geschichte gekramt: siehe da, da haben ja sogar Juden Israel scheiße gefunden!. Und tatsächlich, es gibt eine große Zahl von Israelis, die aus Opposition zu Besatzungspolitik Israels das Land verlassen haben. **Aber** es gibt ebenso jüdisch-kommunistische KämpferInnen des spanischen Bürgerkriegs, die nach 1945 z.B. nach Polen und in die CSSR gegangen sind, um am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft teilzuhaben, und die in der Folge der antisemitischen Kampagnen dort keine andere Chance sahen, als nach Israel zu emigrieren (...). Statt sich jedoch Belege und Gegenbelege um die Ohren zu knallen, wäre es konstruktiver, Geschichte und Gegenwart als das zu begreifen, was sie sind: ein höchst kompliziertes Ergebnis von Widersprüchen, Brüchen, Irrtümern, Hoffnungen, Fehlern, die sich nicht ohne weiteres in Gut-Böse-Raster fassen lassen. Dieser Blick bedeutet keineswegs die Reduzierung auf bloße Betroffenheit oder gar das Aufgeben von Parteilichkeit. Staat Israel einen kapitalistischen Staat mit Aufgaben in der imperialistischen neuen Weltordnung sehen, der jedoch ebenso mit den Hoffnungen der Überlebenden der Shoa auf ein Leben ohne Pogrome und Diskriminierung gegründet wurde, muß kein Widerspruch sein. Die Außen- bzw. Besatzungspolitik Israels ist selbstverständlich militaristisch, zuweilen terroristisch und bedeutet Unrecht gegenüber den PalästinenserInnen: trotzdem müssen wir hinnehmen, daß israelische Machtpolitik sich der Gewalt bedient und Juden ihre eigenen Lehren aus der Shoa gezogen haben, denn *„...die Opfer der Shoah sind nicht durch einen Reinigungsofen, sondern durchs Gas gegangen.“* (8). Und deswegen ist es konsequent, die Intifada als legitime Gegengewalt der PalästinenserInnen zu unterstützen, die Siedlerbewegung als das zu bezeichnen, was sie ist, nämlich ein chauvinistisch-nationalistisch motivierter Landraub, der die Rechte der PalästinenserInnen mit Füßen tritt und auch vor Morden nicht zurückschreckt.

Ulrike Meinhof schrieb 1967: *Die europäische Linke hat und hatte nie einen Grund, ihre Solidarität mit den klassisch Verfolgten aufzugeben. Für sie wurde der Nationalsozialismus nicht erst durch die Judengreuel kompromittiert, nicht durch Wiedergutmachung wieder gut. Es gibt für die europäishce Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart und schließt den Staat Israel ein, den die britische Kolonialpolitik und nationalsozialistische Judenverfolgung begründet*



haben. Die Menschen, die heute in Israel leben, die Juden nicht nur, auch die Araber waren nicht Subjekte sondern primär Objekte dieser Staatsgründung. Wer den Bestand dieses Staates glaubt zur Disposition stellen zu sollen, muß wissen, daß nicht die Täter, sondern wiederum die Opfer von damals getroffen würden. „Meinhof hat diese Position in der RAF aufgegeben und dokumentiert damit das fatale „entweder-oder" in der Geschichtsbetrachtung der Neuen Linken.

Die Folgen dieser Haltung illustriert ein BekennerInnenschreiben der Westberliner Schwarzen Ratten, einem Vorläufer der späteren Bewegung 2. Juni vom November 1969

Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrer jüdische Mahnmale mit „Schalom und Napalm“ und „El Fath“ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sind ein entscheidenes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der verarbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Schuldbewußtseins (...) Die neurotisch-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus (...) Aus den von Faschisten vertrieben Juden sind selbst Faschisten geworden

Ingid Strobl hat mit ihrer Rekonstruktion des vergessenen Erbes eine notwendige Diskussion um den Antisemitismus in unserer Geschichte wieder ins Bewußtsein gebracht. Das ist offensichtlich notwendig und auch gut so

N.N.

(1) Louis Rapoport „Hammer, Sichel, Davidstern – Judenverfolgung in der Sowjetunion“, Berlin 1992

Leon Poliakov „Vom Antizionismus zum Antisemitismus“, Berlin 1992

(2) Edna Brocke „Staat Israel - Bild Bilder, Selbstbild, Fremdbild“ in: Juden im Bild der Bundesrepublik Essen 1994

(3) Autonome Nahostgruppe HH „Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld“, Hamburg 1989

(4) Klaus Polkehn „Der Zionismus im Komplott mit dem Nationalsozialismus“ in: Klartexte 9 Freiburg 1983, zitiert nach Autonome Nahostgruppe (s.o.)

(5) Hannah Arendt „Der Besuch Menahem Begins und die Ziele seiner politischen Bewegung“ in: dieselbe: Israel, Palästina und der Antisemitismus, Berlin 1991

(6) Enzyklopädie des Holocausts, Band II, Berlin 1993

(7) Arno Lustiger „Schalom Libertad – Die Juden im spanischen Bürgerkrieg“, Frankfurt 1989

(8) Amoz Os, zitiert nach: „Juden im Bild der Bundesrepublik“ (s.o.)



Pluralistisch geht die Welt zugrunde

oder

Warum sind sich Frauen nur so wenig wert?

Ich verfolge nun schon seit geraumer Zeit die Sexismus/Patriarchatsdebatte in der Hamburger 'Szene' und frage mich schon seit längerem, warum (zumindest öffentlich) tendenziell Männer eine eher feministische Herangehensweise (zumindest verbal) verteidigen, aber von Frauen zu diesem Thema erschreckend viel Defensives bis hin zu Unsolidarischem und Rückschrittlichem zu lesen/hören ist. Beispielhaft sind darin die Beiträge der letzten Zeck.
Warum auf einmal wird die (übrigens wohl nicht ohne Grund weltweit von vielen Frauen in Befreiungsbewegungen erhobene und teilweise durchgesetzte) Forderung nach Ausschluß von Vergewaltigern aus den eigenen Reihen für hier plötzlich in Frage gestellt?
Die Antwort darauf scheint mir eher das miese Kräfteverhältnis und das Unbewußtsein über die gesellschaftliche Zwangsheterosexualität zu sein, als alle anderen, in den Texten vorgeschobenen Gründe. Manchmal scheint diese auch durch, z.B. in der von einer Frauengruppe aufgeworfenen Frage: "Wenn wir wirklich konsequent alle Männer aus der Szene schmeißen wollten, die mal vergewaltigt haben ... wieviel Männer blieben eigentlich noch?", was ja im Grunde nichts anderes beinhaltet als genau die Dimension, die Gewalt gegen Frauen hat. Und die Antwort darauf kann doch nur der Kampf dagegen sein und nicht die mit der Gewalt eben bezweckte Hinnahme der herrschenden Bedingungen. Und zurück zu der obigen Frage: Was wäre denn, wenn ...? Ja und wenn ...? Wahrscheinlich ginge es uns allemal besser und zumindest unsere Energien würden mal in unsere und aller Frauenbefreiung fließen, statt sich ewig und fruchtlos weiter an den Männern abzuarbeiten.

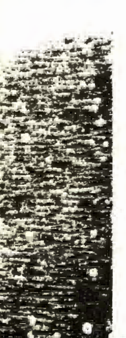
Es gäbe ein Buch zu den Artikeln der "Frauen vom Plenum Sexualität und Herrschaft", der "häßlichen Entlein" und der Frau aus der Zeck zu schreiben, da sie fast alles, was sich mal forschrittliche, revolutionäre feministische Frauen/Lesben an Bewußtsein und Forderungen erkämpft und erarbeitet haben, in Frage stellen, und damit mit Sicherheit (und das zeigt mir ein Blick in die Geschichte von Frauenkämpfen) beitragen, zu einer weiteren Niederlage/Rückschritt im weltweiten Kampf gegen das Patriarchat.
Ich beziehe mich hier ausschließlich auf die Artikel der Frauen, da mir das, was die Männer dazu schreiben erstmal relativ egal ist. Wichtiger finde ich die Debatte unter Frauen und fände es sowieso besser, die nicht in einer gemischten Zeitung zu veröffentlichen (und eigentlich am wenigsten in der Zeck, die zwar anfänglich tönte, alles abzudrucken zur Patriarchatsdebatte, aber seitdem zensiert, wie sie ihnen gerade zu passen scheint). Aber da die Debatte dort nunmal angefangen hat und viele ihre Argumente wieder daraus beziehen werden, will ich einigem auch hier widersprechen.

Gerade im Geschlechterkampf in Zeiten der Krise der revolutionären Linken und der Frauenbewegung defensiv und liberalistisch zu denken und zu handeln, heißt konkret erkämpften Raum aufzugeben und noch weiter zurück katapultiert zu werden. Alles von allen Seiten beleuchten zu wollen, sozusagen von "Mensch zu Mensch" ohne einen parteilichen Standpunkt im Klassen- und Geschlechterkampf einzunehmen, zieht die Niederlage nach sich, weil in einer gewalttätigen patriarchalen Gesellschaft Pluralismus für Frauen nur Grenzenlosigkeit (keine Grenzen zu setzen) bedeutet. Und das heißt es fürs Politische wie fürs Private!
Um aber kein Buch zu beginnen, beschränke ich mich auf ein paar Worte zum Thema Vergewaltigung:
Gewalt gegen Frauen ist der fortgesetzte Angriff des Patriarchats im Kampf gegen weibliche Autonomie, Frauenidentität und Frauenstärke. Mithilfe dieser Gewalt (und das meint physische, psychische, ökonomische etc.) ist die Frau (zumindest sichtbar in den Metropolen) trotz anhaltendem Widerstand nur noch ein Schatten dessen, was sie sein könnte und historisch einmal war. Vergewaltigung ist darin ein zentrales, existenzielles Verbrechen.
Und um es zum x-ten Male zu wiederholen, ist es keine individuelle Tat eines individuellen Mannes, dessen einzelnes Bewußtsein es zu ändern gilt, sondern er handelt seiner Rolle gemäß, die ihm vom Patriarchat angeboten wird, und zwar weit vorne in der Front.
Zwangsheterosexualität ist die von Männern im Dienste des Patriarchats gewaltätig durchgesetzte Realität von Frauen, ihren Unterdrücker zu lieben, sich für ihn aufzuopfern, sich selbst nichts wert zu sein. Noch nicht einmal mehr Haß auf einen Vergewaltiger, der eine Frau, eine von unseren Geschlechts-Genossinnen zutiefst entwürdigt und gedemütigt hat, scheint übrig zu bleiben. Eher wird die Frau in Zweifel gezogen, als daß der Täter aus dem "Kollektiv" verstoßen wird.

Den Frauen, die den Rausschmiß eines Vergewaltigers fordern, vorzuwerfen, daß er dann woanders seine Verbrechen ausüben kann, stellt die Verhältnisse auf den Kopf: geht es doch nicht um den einen Täter unter vielen Nicht-Tätern, der mit Therapie und offenbar Verständis "geändert" werden kann. Worum es geht, ist ein Kampf gegen den patriarchalen (Alltags-)krieg, den letztendlich nur die Revolution = die radikale Umwälzung der Verhältnisse vollends abschaffen kann. Alles andere ist Illusion!
Und in diesem Kampf ist die Forderung nach Rausschmiß eines Vergewaltigers, neben der öffentlichen Bestrafung des Täters konkret eine Verbesserung unserer Bedingungen und des Kräfteverhältnisses.

"Revolution ist die Antwort auf sexuelle Gewalt gegen Frauen"
Erklärung der philippinischen Frauenorganisation MAKIBAKA zum 8. März 93

In diesem Sinne,
Schürt den Frauen/Lesbenzorn!,
eine zornige Leserin



Antwort auf die 5 Frauen aus der Hafenstraße

("Ein paar Worte zur öffentlichen Nachfrage" in der Oktober-Zeck)

In eurem Brief zur öffentlichen Nachfrage an das Wohnprojekt Hafenstraße und zur Diskussion um Sexismus in der Szene schreibt ihr: "Die (Zurück) Eroberung unserer Geschichte, Fähigkeiten und Zukunftsperspektiven, da sind wir dran."

Wenn ihr in diesem Zusammenhang von unserer Geschichte schreibt, denke ich, ihr meint die Geschichte der Frauen. Die Geschichte von uns Frauen ist in der herrschenden, patriarchalen Geschichtsschreibung unterdrückt, geleugnet, ignoriert und immer wieder verschüttet worden. Die Geschichte der Frauen ist die Geschichte des Geschlechterkampfes, der Unterdrückung von Frauen durch das soziale Geschlecht Mann und der Widerstand von Frauen dagegen. In der Geschichte von Frauen ist das Öffentlichmachen von Sexueller Gewalt als zentrales patriarchales Unterdrückungsinstrument schon seit der Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts, allerspätestens aber seit den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts, immer wieder Thema gewesen.

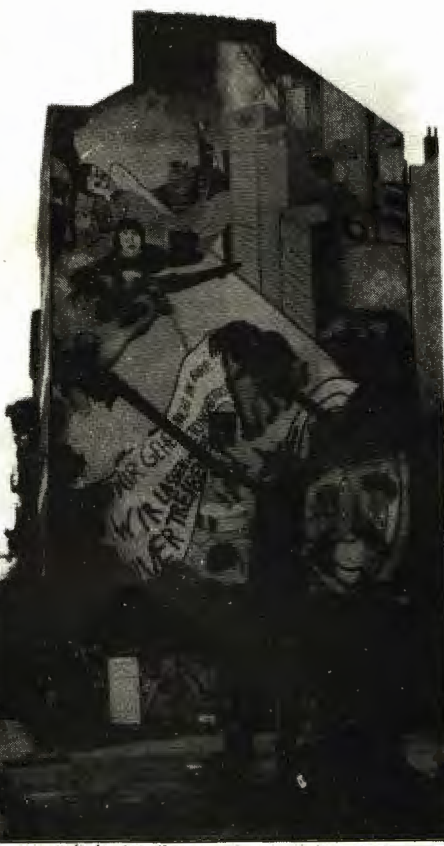
Wenn ihr wirklich an der (Zurück)Eroberung unserer Geschichte dran seid, wie könnt ihr dann gerade mal einen Absatz zuvor von "inquisitorischen Nachfragen" schreiben?

Zur Zurückeroberung von Frauengeschichte gehört ganz maßgeblich das Wissen um die Inquisition, der Frauenverfolgung im Mittelalter als umfassendster und brutalster Unterdrückung von Frauen in Europa.

"Zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert werden nach heutigem Erkenntnisstand in Europa zeitgleich 9.000.000 Menschen - in erster Linie Frauen und Mädchen - der Hexerei angeklagt, gefoltert und auf dem Scheiterhaufen ermordet. Die christliche Kirche beider Konfessionen zieht im Verein mit den weltlichen Feudalherren ..., bewaffnet mit dem Wort Gottes, mit Daumenschrauben, Streckbänken und Blendeisen und dem festen Willen zur Vernichtung alles 'Ungläubigen' in den Krieg. Die Tötungsmaschinerie der 'heiligen Inquisition' geht mit unbarmherziger Härte und akribischer Systematik gegen Frauen und Mädchen allen Alters, gegen 'engelsgleiche Schönheiten' genauso wie gegen 'Häßliche und mit Teufelsmalen Gezeichnete', gegen Reiche und Arme, gegen Witwen, Ehefrauen, Töchter, Mütter, Großmütter, Alleinstehende, gegen Frauen aller Konfessionen und Religiosität, aller Schichten und Berufe, gegen Frauen in den Städten und Frauen auf dem Land vor." (aus: Aus anderer Sicht, Wildwasser Marburg)

Denkt ihr so von den Frauen, die die öffentliche Nachfrage gestellt haben?

Ihr werft ihnen vor, von einer Auseinandersetzung zu sprechen, wenn das Ergebnis schon klar ist. "... fordern wir euch auf, endlich öffentlich dazu Stellung zu nehmen und euch von Jens Waßmann zu trennen. .. " (öffentliche Nachfrage)



Natürlich ist ihnen klar welche Stellungnahme, welches Ergebnis sie erwarten und ihnen ist auch klar welche Konsequenzen das bedeutet. Es ist ihnen deshalb klar, weil sie seit Monaten für den Boykott von Jens Waßmann von der "linken Szene" arbeiten. Warum sie diese Forderung aufgestellt haben, dazu ist von ihnen schon einiges und ausreichend gesagt worden (Verschiedene Stufen der Gewalt, Vom Umgang mit Anwälten sexistischer Gewalt, Und die Moral von der Geschichte ...), Deshalb fordern sie auch eine Trennung von Jens Waßmann und nicht irgendeine Stellungnahme, frei nach dem Motto "Man/frau hat sich ja auseinandergesetzt". Auseinandergesetzt haben sich angeblich viele, doch Konsequenzen haben nur wenige gezogen.

Auch aus dem Wohnprojekt Hafenstraße gab es nach der öffentlichen Auseinandersetzung um Jens Waßmann, bis auf die Stellungnahme der 116, die kam aber m.E. auch erst nach der Nachfrage, keine öffentliche Stellungnahme.

Nur zu natürlich, daß die Frauen nicht nur allgemein von der "Linken" den Boykott Waßmanns fordern, sondern auch von der Hafenstraße, dessen Anwalt er ja - eurem Brief zufolge immer noch - ist.

"Eine wirkliche Auseinandersetzung über Männergewalt, Vergewaltigung usw., und was dagegen zu tun ist" wollt ihr führen. Die Forderung: "Vergewaltiger und Täterschützer raus aus linken Zusammenhängen!" ist entwickelt aus einer wirklichen Auseinandersetzung über Männergewalt, und mehr noch, sie ist ein Schritt von Frauen sich organisiert gegen Männergewalt zu schützen und sich dagegen zu wehren.

Sexuelle Gewalt und Vergewaltigung als männliche Interessensdurchsetzung, organisiert und umfassend, zu begreifen, bedeutet für Frauen immer auch Trennungslinien zu ziehen. Trennungslinien zu denen, die kein Interesse an der Würde, dem Schutz und der Befreiung der Frau haben.

Eurer Meinung nach war das Verhalten Waßmanns gegenüber den Bürofrauen unmöglich, seine Entschuldigung bei ihnen formal, seine Auseinandersetzung nur oberflächlich und zwanghaft.

Warum dann nur zieht ihr den Trennungsstrich nicht zu ihm, sondern zu den Frauen, die sich gegen Männergewalt organisieren, indem ihr sie öffentlich "inquisitorischer Nachfragen" bezichtigt?

Warum schützt ihr ihn und seine Unterstützer?

An der Stelle, wo ich eine klare Distanzierung von Waßmann von euch erwartet hätte, schreibt ihr "... nur darin ist er nun wirklich kein Ausnahmemann und wir sehen nicht, warum wir deshalb ein Exempel an ihm statuieren müssen."

Foto: FotoArchivKollektiv

Es gibt keine Ausnahmemänner, alle Männer sind potentielle Vergewaltiger. Warum keine Exempel statuieren? In jeder politischen Arbeit gehen wir schrittweise und an konkreten Beispielen vor. Seltsamerweise taucht dieser Vorwurf aber immer nur in der Antipatriarchatsdebatte gegen Frauen auf. Oder soll jetzt gefordert werden, den faschistischen Zugführer Dommel (Einsatzzug Mitte) vorläufig nicht weiter anzugreifen, denn er ist ja nur einer von vielen faschistischen (Ober-)Bullen und man will ja keine Exempel statuieren.

Überall, wo sexistische Gewalt bekannt wird, wird diese von Frauen aus ihren Bedingungen öffentlich gemacht werden. Dies ist immer der erste Schritt von Frauen, um sich organisiert zur Wehr zu setzen. Öffentlichmachen bedeutet Ausschluß des Täters aus politischen Zusammenhängen und Schutz der "betroffenen" Frauen.

Wer die Sexismusdebatte in der Hamburger Szene verfolgt, wird ansonsten auch mitgekriegt haben, daß das einzigartige Exempel Jens Waßmann Zuwachs bekommen hat: Rechtsanwälte Jacobi und Patett, Gerhard Meyering, Heiter bis Wolkig, Manuel von El Rojito und Kumpane (aus aktuellem Anlaß noch eine öffentliche Nachfrage: Wo bleiben denn die Diskussionen, die uns El Rojito vor gut zwei Monaten großspurig versprach, öffentlich zu machen?)

So ist die Begründung nicht ausgerechnet an Waßmann ein Exempel statuieren zu wollen, schlichtweg überholt.

"Wir sind interessiert an einer wirklichen Diskussion. Eine, die Lösungen sucht und auch die Frage nach den Tätern einschließt." Innerhalb der bestehenden Verhältnisse kann Lösung nur Anpassung und Schweigen bedeuten, die Frage nach dem Täter nützt nur ihm, nicht uns. Darum muß es für Frauen darum gehen, die bestehenden Verhältnisse radikal zu verändern, die Macht zu erlangen, die Regeln zu bestimmen. Nur so werden sie ihre Interessen durchsetzen "... und wo wir uns als Frauen positiv stützen und unterstützen können." schreibt ihr, gehört für euch auch dazu. Voraussetzung dafür ist, Solidarität mit Frauen zu lernen.

In diesem Sinne grüßt die Kluge Gret
Hamburg, Oktober 1994



Zur Darkroom-Sabotage



Stellungnahme der an der Porno-Sabotage-Aktion Beteiligten.

Viel zu lange haben wir gezögert, zu unserer Porno-Sabotage-Aktion auf der von Schwulen organisierten Gala Infernale am 15.Juli eindeutig Stellung zu nehmen. Wir wollen das jetzt nachholen und hoffen, daß es nicht zu spät ist.

Für die, die es noch nicht wissen: Unsere Gruppe von FreundInnen hat in jener Nacht das Kabel der Schwulen-Porno-Viedeoanlage im Hinterraum des dark-rooms durchgeschnitten. In der Zwischenzeit wurden bereits einige Stellungnahmen in den letzten drei Zecks veröffentlicht, in denen schwule Gruppen und Einzelpersonen ihr Mißfallen und ihre Kritik über diese Aktion zum Ausdruck brachten. Höhepunkt der Entwicklung ist ein Flugblatt, verfaßt auf der 'Autonomen Homolandwoche', welches die Aktion als schwulenfeindlich definiert und uns vor die Alternative stellt, uns für die Aktion zu "entschuldigen", oder geoutet und aus linken Räumen (konkret der Flora) ausgeschlossen zu werden. [Anm. d. Red.: Die Erklärung ist im Ordner]

Zunächst sei gesagt, daß wir uns dem Vorwurf der Schwulenfeindlichkeit unserer Aktion nicht entziehen können und wollen. Wenn Schwule sagen, wir hätten schwulenfeindlich agiert, dann ist das so. Unser Umgang damit und unsere Selbsteinschätzung besteht darin, daß wir diesen Vorwurf annehmen und versuchen, nicht leichtfertig damit umzugehen. An dem Punkt, an dem wir in einen Freiraum schwuler Sexualität eingedrungen sind, halten auch wir selbst unsere Aktion für schwulenfeindlich. Sie war ein Fehler, den wir uns selbst vorzuwerfen haben. Es ist ebenfalls klar, daß durch eine solche Aktionsform eine sinnvolle Diskussion über Pornographie und unterschiedliche Interessen und Sexualitäts-Auffassungen verschiedener Gruppen verhindert werden kann und gegenseitiges Verständnis erschwert wird.

Uns ist vorzuwerfen, daß wir uns bisher nicht als Gruppe, sondern nur in Einzelerklärungen geäußert haben. Wir haben uns bislang der Ernsthaftigkeit der Situation und der öffentlichen Relevanz unserer spontanen Aktion entzogen. Besonders die Einzelerklärung des Mannes au[illegible] [illegible] Gruppe hat Verwirrung und Verärgerung hervorgerufen. Wir möchten nochmal darauf hinweisen, daß diese Erklärung eine nicht in der gesamten Gruppe diskutierte Stellungnahme war, und daß sie deshalb nicht über eine Erklärung einzelner, unmittelbarer Empfindungen in der Infernale-Nacht hinausging. (Den Frauen in der Gruppe wichtige Positionen wurden nicht wiedergegeben. Über die aus unserer Sicht eigentliche Motivation, unsere Hintergründe und Einstellungen konnte deshalb nur gemutmaßt werden. Wir haben in unseren Gruppen und privaten Zusammenhängen jedoch lange Diskussionen geführt über den Sinn und die Gründe unserer Aktion, die wir nach der Erklärung einer Frau aus unserer Gruppe (Okt.-Zeck) nocheinmal auf den Punkt bringen möchten:



Unsere Fehleinschätzung der Situation in der Infernale-Nacht besteht unserer Meinung nach darin, daß wir schwule Sexualität und ihre Ausdrucksformen mit Hetero-Sexualität gleichgesetzt haben. In unserer Wahrnehmung handelte es sich bei der Porno-Video-Installation um eine Zurschaustellung von 'männlicher' Sexualität. Wir haben Schwule als Männer, den Schwulen-dark-room als Männer-Raum (der dark room war auch als "Männer-Raum" ausgeschildert) und die Dominanz von schwuler Körperlichkeit als Dominanz von Männer-Körpern wahrgenommen. Diese 'erste' Wahrnehmung war unserer Meinung nach nicht falsch, sie hat gute Gründe (siehe auch nachfolgender Artikel 'Kabel Infernale'). Unser Fehler war, daß wir aufgrund dieser ersten Einschätzung eine Aktion machten. [illegible] [illegible] in diesem Moment nicht gelten

gen, Männer von Männern zu unterscheiden und ähnliche Spielarten von Sexualität (Pornos) auseinander zu dividieren. Wir haben, als wir zur Aktion schritten das Argument beiseite geschoben daß die Zurschaustellung männlicher Sexualität auf der Gala in einem ganz anderen Kontext stand, wie es aus unseren Hetera-/Hetero-Erfahrungen ... kennen. Diese Aktion war ein Fehler der uns leid tut

die an de...
beteiligten

Kabel Infernale

In den Mutmaßungen über die Gründe unserer Sabotage-Aktion (siehe Artikel in den letzten drei Zecks) wird teilweise eine Kritik geäußert, an der wir wiederum einige Kritik haben. Diese Kritik an der Kritik soll nicht von unserer Aktion ablenken, sondern hängt mit dem Wunsch nach einer etwas differenzierteren Diskussion zusammen.

Da die Einstellungen innerhalb unserer 'Gruppe' (wir waren in dieser Nacht aus privaten Kontakten zusammengewürfelt) an einigen Punkten unterschiedlich sind, werde ich im Nachfolgenden die Wir-Form nur verwenden, wenn ich ein Diskussionsergebnis der gesamten Gruppe darstelle.

Ich möchte zum einen auf Vorwürfe aus den Artikeln eingehen, zum anderen aber auch einen Aspekt des ganzen Konflikts aufgreifen, den ich bisher in der Auseinandersetzung vermißt habe, nämlich die feministische Sicht auf Männerräume und -zeichen und den feministischen Gebrauch des Begriffes 'Porno' worin ich weitgehend auch die Standpunkte der an der Aktion beteiligten Frauen wiedergebe.

Bevor Mißverständnisse entstehen: Daß allein Schwule bestimmen, was und wer schwulenfeindlich ist, steht hier nicht zur Debatte. Da sich in dem, was im Aktionismus als schwulenfeindlich herausgestellt wird, aber auch die Interessen und Bedürfnisse von (Hetera-) Frauen verbergen, sollte nocheinmal diskutiert werden, was denn genau schwulenfeindlich war, um nicht die Selbstbestimmung der einen gegen die der anderen 'Gruppe' auszuspielen.

Zunächst will ich auf die Kritik eingehen, die ich verstehe und annehme: Unsere Aktion ist als schwulenfeindlich bezeichnet worden. Wir haben diese Einschätzung herausgefordert. Wie in der Stellungnahme der gesamten Gruppe bereits beschrieben, nehme ich diesen Vorwurf an und halte ihn für berechtigt, weil wir Grenzen von schwulen Freiräumen ignoriert und überschritten haben, um unserer Wahrnehmung zu folgen.

Ich möchte jedoch nicht meine (und teilweise 'unsere') Wahrnehmung im und vor dem dark-room zurücknehmen, denn die Gründe dafür sind keine, die sich durch Schwulenfeindlichkeit erklären ließen. Ich habe den Schwulen-dark-room als einen von Männern okkupierten männlich dominierten Raum wahrgenommen, in dem gedankenlos Porno-Bilder installiert worden waren, als sei die feministische Kritik am Zeigen und Konsumieren von Pornographie nie gewesen, als sei in der Flora jede Diskussion darüber überflüssig. Das vielerwähnte Hinweisschild 'nur für Männer' (nicht: 'nur für Schwule') am Kellereingang gab noch einen Hinweis: "men only" - kein Frauen-Raum Ist es unter dieser Voraussetzung oder auch allgemein ein Fehler, Schwule als Männer wahrzunehmen? Die Veranstalter haben sich an diesem Punkt ihrer Grenzziehung vor dem dark-room die sexistisch angelegte Möglichkeit, als Männer Frauen ausgrenzen zu dürfen, zu eigen gemacht. Diese Ausgrenzungs-Grenze zum dark-room habe ich als Frau überschritten, weil ich mir von keinem Männerschild erzählen lasse, daß ich irgendwo nicht rein darf. Wenn ihr keine FrauenLesben in euren Schwulenfreiräumen wollt, dann nennt euch bitte beim Namen, wie 'ihr' 'uns' beim Namen nennt. Den Vorwurf der Gala-Infernalisten, wir hätten da ja "nichts zu suchen" (Aug.-Zeck) und deshalb auch nichts zu finden gehabt, halte ich insofern für nicht gerechtfertigt. (Zu denen, die immernoch behaupten, die Gala sei nur für Schwule und Lesben angekündigt worden: Lest einfach nochmal das Juli-Plakat der Flora.)



Frauen werden von den Gala-Infernalisten (Aug.-Zeck) als "Opfer", die womöglich eine "Verzweiflungstat" begangen haben, markiert. Darf ich fragen, was ihr für eine Vorstellung von sexistischer Gewalt und deren 'Opfern' habt, und nebenbei noch anmerken, daß sich einige der Artikelschreiber auch einmal Gedanken über ihr Frauenbild machen sollten, wenn sie sich vorstellen, Frauen seien wohl im "Grüppchen" als weibliche "Klemmschwestern" (Aug.-Zeck) ihrem "voyeuristischen Trieb" in den dark-room gefolgt, hätten "angewidert" (Sept.-Zeck) und voller "Ekel" (Okt.-Zeck) geilen Sex wahrgenommen, hätten sich wohl wie "immer in der Opferrolle" (Aug.-zeck) gesehen und hysterisch überreagiert?!

Zu den in ein paar Artikeln gemachten Aussagen, daß "überall" "patriarchale Strukturen (...) reproduziert" würden oder daß "sex (...) immer lustobjekte" produziere (Sept.-Zeck), fällt mir nichts anderes als eine Langeweilebekundung ein und der Hinweis, daß Indifferenz auch nicht weiterhilft, mir nicht und 'euch' nicht

In den Auseinandersetzungen über unsere Aktion ärgert mich der Umstand, daß der an uns gerichtete Vorwurf der schwulenfeindlichen Aktion häufig nur über platte Unterstellungen und Polemiken über unsere vermeintlichen Beweggründe funktioniert. Daß wir oder einige von uns feministisch motiviert sein könnten, wird nur am Rande in Erwägung gezogen. Vor allen Dingen wird in den meisten Artikeln jede Haltung gegen Pornos als "bürgerlich", als Teil einer verklemmten "bürgerlichen Sexualmoral" (Aug.-Zeck) diskreditiert. Was verbirgt sich für euch hinter der in den vergangenen Jahrzehnten völlig ausgehöhlten Worthülse "bürgerlich"?

Einiges dieser Kritik bezieht sich auf die zugegebenermaßen sehr dürftige Stellungnahmen des 'Mannes aus unserer Gruppe', vieles geht jedoch darüber hinaus und mündet in antifeministischen Sätzen wie: "Hinter dem Sexismus- und Patriarchatsvorwurf verbirgt sich eine zutiefst bürgerliche und sexualitätsfeindliche Moral,..." Der Umgang der Artikelschreiber mit feministisch definierten Begriffen ist (nicht nur in diesem Fall) fahrlässig und gelinde gesagt anmaßend. Die Gleichsetzung von anti-patriarchaler Kritik mit 'Bürgerlichkeit' und 'Sexualitätsfeindlichkeit' ist ein Affront gegen das politische Konzept von Feministinnen (und im übrigen, da wäret ihr nach einigem Nachdenken auch drauf gekommen, unhaltbar).

Zusätzlich möchte ich noch sagen, daß Frauen immer wieder der Prüderie-Vorwurf trifft, daß ihre Definitionen und Umdeutungen, ihre Sabotagen und Weigerungen allzu gerne in die Ecke der Lust- und Bewegungsfeindlichkeit abgeschoben werden. Mir ist unverständlich, warum in einigen Artikeln diese Argumentationsschiene, die mir sonst nur von Hetero-Männern bekannt ist, gefahren wird, obwohl es eigentlich unnötig ist, dadurch den schwulenfeindlichen Gehalt unserer Aktion zu belegen.

Ich habe kein Bild von 'gutem' geborgenen, sauberen und 'schlechtem' anonymen, verdorbenen Sex im Kopf. Ich habe aber sehr wohl eine Vorstellung von bedrohendem und gewalttätigem Sex im Kopf, bin ich mit meiner negativen Wahrnehmung von Männer-Sexualität deshalb "sexualitätsfeindlich" oder gar lächerlich? (Nebenbei: Meine 'Sexualität' ist mehr als die Praxis meiner Lust, meines 'Sexes'.) Es fiele mir leichter, die Kritik an der Aktion anzunehmen, wenn ich nicht den Verdacht hätte, daß viele 'von euch' die feministische (Frauen-) Sicht auf Sexualität, aus der heraus der Pornographie erstmal keine 'Befreiung' bringt, tatsächlich ablehnten und für "prüde" und "sexualitätsfeindlich" hielten.

Um weitere Vermutungen und Unterstellungen über die Beweggründe der an der Aktion beteiligten Frauen unnötig zu machen, möchte ich einen Punkt der Diskussion aufgreifen, der mir besonders wichtig ist:

Ich bin der Ansicht, daß es sich beim dark-room-Konflikt (unabhängig von unserer fragwürdigen Aktionsform) um Definitionsansprüche des Begriffes 'Porno' als einem Aspekt von Sexualität handelt, den Frauen immer wieder als gewalttätig und machtkonservierend erfahren, der für Schwule aber Ausdruck ihrer Sexualität ist. Die Einschätzungen und Definitionen von Pornographie (einerseits von Schwulen, andererseits von Feministinnen) scheinen mir unterschiedlicher zu sein, als ich mir das vor der bisherigen Zeck-Diskussion vorstellen konnte, und verschiedene Qualitäten zu repräsentieren:

Dadurch, daß erotische Bilder oder Pornos (nebenbei: wo ich die Grenze ziehe, weiß ich, bei Schwulen-Pornos ist mir das nicht klar) von Schwulen als Teil ihrer Sexualität und ihres Sex-Machens begriffen wird, den sie als ihr 'Eigenes' auch ausleben wollen, bedeutet die Verteidigung der eigenen Sexualität auch ein Verteidigen der (Schwulen-) Pornographie. Durch diese Verknüpfung von eigenen Pornos und eigener Sexualität können leicht in allen Pornographie-KritikerInnen die FeindInnen schwuler Sexualität erkannt werden.

Im Gegenzug ist es für den feministischen Gebrauch des Porno-Begriffs nicht sinnvoll, pornographische Darstellungen mit Lust oder eigener Sexualität zu verbinden. Gerade die 'eigene' Sexualität, deren Selbstbestimmung und die 'freie' Entscheidung ist durch die / mit den in Hetero-Pornographie angewandten patriarchalen



Machtmittel/n in Frage gestellt. Die Wahrnehmung von Hetero-Pornographie als Männer-Pornographie könnte unter diesen Voraussetzungen leicht in der positiven Porno-Bewertung von allen Männern (auch Schwulen) eine Feindschaft zur feministischen Einstellung vermuten lassen.

Beide, die schwule wie auch die feministische Definitionen von Pornographie können also zu einer undifferenzierten Verallgemeinerung der Porno-Definition führen, aus der heraus auch FeindInnen erkannt werden, die eigentlich gar keine sind. Ich denke, daß die schwule und die feministische Porno-Definition trotz unterschiedlicher Interessen nebeneinander bestehen könnten, wenn sie nicht gegeneinander ausgelebt würden. (Mit unserer Aktion haben wir leider genau diesen Fehler gemacht.)

Zur weiteren Klärung der feministischen Porno-Auffassung: Daß sexuelle Bilder und Darstellungen Spaß machen und Lust erzeugen können, hat nichts mit der feministischen Verwendung des Porno-Begriffs zu tun. Differenzierungen hatten gerade in der Porno-Diskussion der Frauenbewegung nicht selten die Folge, daß Frauen die Diskussion aus der Hand genommen wurde. Das ist der Grund, warum viele Frauen (und bedingt auch ich) an einem auf die Problematik von Hetero-Sexualität fixierten Gebrauch des Begriffes 'Porno' festhalten.

Zwar kann ich mir auch vorstellen, zusammen mit anderen Frauen ein in erotischen Bildern darstellbares Lustempfinden und unsere 'eigenen' Bilder und Zeichen entwickeln zu können, aber ich möchte der weiterbestehenden sexistischen Gewalt, die in der Produktion, im Vertrieb, im Zeigen und Konsumieren von Hetero-Pornos liegt, Rechnung tragen. Das bedeutet, daß ich den politischen Kampf gegen die Verfügbarmachung von Frauen (-körpern) durch Pornographie nicht aufgebe, nur weil mir zu meinen Gunsten im enggesteckten Rahmen der linken Frauenzusammenhänge und Intellektualitätskreise Alternativen zu sexistischem Porno einfallen.

Lustfeindlichkeit im Zusammenhang mit Hetero-Pornos ist nichts, was wir uns ausgesucht haben. Wenn Feministinnen als Hetera-Frauen bei 'Pornos' nicht an Lust denken, ist ihnen das auch von Schwulen nicht vorzuwerfen. Um nocheinmal auf die Hintergründe unseres beschissenen Gefühls im Video-dark-room zurückzukommen: Wir fühlten uns durch das Pornozeigen und -gucken, auch wenn es Schwulen-Pornos waren, an eine männlich-patriarchale, d.h. hegemonial ausgerichtete und auf Einschränkung und Ausgrenzung des 'anderen' als 'der Anderen' basierende Sexualität erinnert. (Daß wir in der Aktion den Schritt nicht zum Überdenken unserer eigenen Hetera-Sichtweisen-Fixiertheit und deren Hegemonie machten, ist uns, wie bereits mehrfach eingestanden, auch mit dem Vorwurf der Schwulenfeindlichkeit anzukreiden und kaum zu entschuldigen, besonders dann nicht, wenn ich meine eigenen Ausführungen ernstnehme. Trotzdem habe ich es für nützlich gehalten, meine eigentliche Einstellung hier darzustellen.)

Es hat sicherlich Zeiten gegeben, in denen sich Schwule und Feministinnen mehr über ihre Porno- und Sexualitätsauffassungen mitteilten; wir könnten diese Zeiten ja wieder ein wenig aufleben lassen. (Ich hoffe, mich durch meine Beteiligung an der Aktion nicht selbst von der Beteiligung an dieser Diskussion ausgeschlossen zu haben.)

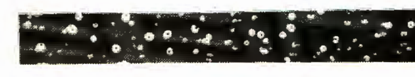
Zu einigen Diskussionspunkten möchte ich mich noch äußern. Indirekt sehe ich in manchen Artikeln ein Bild kolportiert, welches Hetera-Frauen und ihrer Sexualität einen Mangel an 'Eigenem' nachsagt, ein Defizit an selbst-identifikatorischer Lust-Fähigkeit, am Vermögen, sich selbst in einer 'befreiten' Sexualität wiederzufinden. Darüber gäbe es viel zu erzählen, hier jedoch nur soviel: Die Absicht, sich zu identifizieren, ist nicht selten eine Gegenbewegung zur eigenen Suche, zum eigenen Kampf; Selbst-Identifikati-

on könnte Stagnation bedeuten, sie fällt oft rein auf die Angebote machtbeladener gesellschaftlicher Konstruktionen und profitiert von den Vorgaben und Auswirkungen hierarchischer Differenzen oder verlogener Gleichheit, besonders, wenn es um Sexualität geht.

Zur Subversion von Zeichen und Bildern (Sept.-Zeck) möchte ich noch erwähnen, daß in meinen Augen 'Zeichen' (wie Hetero-Porno-Bilder) nicht nur die gesellschaftlichen Zusammenhänge repräsentieren und reproduzieren, sie bestimmen auch Konstruktionen wie 'Weiblichkeit', Geschlecht, Sexualität etc. und führen sie sozusagen aus. Die Fortdauer des Patriarchats wird auch durch die phallogozentrische Ordnung von Zeichen geregelt und garantiert. Wenn ich solche Zeichen angreife und versuche umzudeuten, mir anzueignen und für mich sprechen (oder auch schweigen) zu lassen, ist das nicht "naiv" und zeugt von keiner "bürgerlichen Doppelmoral" (Sept.-Zeck), sondern könnte das (die) 'Andere' in den herrschenden Bildern aus der Versenkung holen. Die Vorstellung, daß Schwule dadurch, daß sie "sowohl die Männer- als auch die Frauenrolle spielen" könnten, verfolgt ja ein ähnliches Konzept (wobei ich Schwulen die Fähigkeit abspreche, Frauen 'sein' zu können).

Falls einigen von euch die Lust (zur weiteren Auseinandersetzung) noch nicht vergangen sein sollte, würde mich das freuen. Das einzig Positive der Aktion dürften die angeregten Diskussionen im nachhinein gewesen sein. Vielleicht könnten wir ja da weitermachen.

eine an der Sabotage-Aktion beteiligte Frau



ZUR GEPLANTEN EUROPÄISCHEN "BIOETHIK" - KONVENTION

Welche Anwendungen in der Medizin europaweit erlaubt sein sollen und welche nicht, will der Europarat (s. Kasten), in dem derzeit 32 Staaten zusammengeschlossen sind, festlegen.

> **Zur Beachtung:**
> Der Europarat ist nicht ein Organ der Europäischen Union und daher nicht zu verwechseln mit dem Rat der Europäischen Union. Er ist ein 1949 gegründeter Zusammenschluß europäischer Staaten, dem mittlerweile alle EU-Mitgliedstaaten, alle sieben (noch)-EFTA-Staaten, die osteuropäischen Staaten sowie Malta, die Türkei, Zypern und San Marino angehören. Die Organe des Europarats sind ein Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung. Das Ministerkomitee ist ein zwischenstaatliches Exekutivorgan auf Regierungsebene, gebildet von den Außenministern der Mitgliedstaaten (bzw. in deren Vertretung der Botschafter). Die Parlamentarische Versammlung ist ein beratendes Organ ohne Gesetzgebungsbefugnisse, die von Parlamentarierdelegationen (je nach Größe des Landes zwei bis 18 VertreterInnen) gebildet wird. Sitz des Europarates ist Straßburg. Die Arbeit des Europarates konzentrierte sich bisher auf den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie, die kulturelle Zusammenarbeit und die Erörterung allgemeiner gesellschaftlicher Probleme. Die wichtigste Konvention ist die 1950 unterzeichnete Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Sie stellt die Freiheits- und BürgerInnenrechte unter den Schutz des Kontrollsystems von Europäischer Menschenrechtskommission und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg.
> Die Bioethik-Konvention muß vom Ministerkomitee des Europarats verabschiedet und von Mitgliedstaaten nach einem bestimmten Procedere ratifiziert werden.

Vom Europarat wurde ein achtköpfiger Lenkungsausschuß (CDBI = steering committee on bioethics) ernannt, der in dreijähriger Geheimarbeit eine "Bioethik" - Konvention entwarf. Dieser als geheim eingestufte, aber ungewollt bekanntgewordene, Entwurf löste bei Behinderteninitiativen, dem Weltkongreß für soziale Psychiatrie und Teilen der Kirche einen Proteststurm aus. Ein zweiter, nur kosmetisch veränderter Entwurf sollte im Oktober der parlamentarischen Versammlung des Europarates vorgelegt und im Frühjahr vom Ministerkomitee beschlossen werden. Sobald sie mindestens 5 der 32 Europaratsstaaten ratifiziert haben, kann sie in Kraft treten. Damit können die Staaten mit den "niedrigsten ethischen Standards" alle übrigen Staaten unter Druck setzen.

Die "Bioethik"- Konvention eröffnet folgende neue Möglichkeiten: Ihr Hauptaugenmerk richtet sie auf die sogenannten "incapacitated persons" Damit geraten jene ins Visier, die aufgrund psychischer Erkrankung, geistiger Behinderung, körperlicher Erkrankung oder Behinderung, hohen Alters oder Suchtabhängigkeit nicht einwilligungsfähig sind oder zu nicht-einwilligungsfähigen Personen erklärt werden. In der Tradition des Ungeistes behinderte Menschen als "minderwertig" einzustufen, wird der Forschung an ihnen Tür und Tor geöffnet. Die Konvention will unter anderem erlauben, biomedizinische Eingriffe an "incapacitated persons" auch ohne therapeutischen Wert und ohne die persönliche Zustimmung der Betroffenen zuzulassen. Weiterhin wird die Entnahme transplantierbaren Gewebes ermöglicht, wenn sich nicht genügend nichtbehinderte Menschen freiwillig zur Gewebespende zur Verfügung stellen. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit wird so für die Menschen, die hier als "incapacitated persons" bezeichnet werden, aufgehoben und ihr Recht auf Leben, wie im Rahmen der Euthanasie-Debatte, zum Abwägungsfeld Dritter.

Interessant ist hier die Vorgeschichte von Menschenversuchen und der Euthanasie: Die Richter des Nürnberger Ärzteprozesses haben 1947 angesichts der Medizinverbrechen in den Vernichtungslagern und Kliniken und im Rahmen der Euthanasie einen strikten Rechtskodex für künftige Menschenversuche formuliert. Danach sind Versuche an Minderjährigen, geistig Behinderten und anderen, die nicht freiwillig zustimmen können, verboten! Sie dürfen nur nach umfassender Aufklärung und freiwilliger Zustimmung durchgeführt werden. Erstmals aufgeweicht wurde dieser Rechtskodex durch die WHO-Deklaration von Helsinki 1976. Der bis dahin anerkannte Schutz nicht einwilligungsfähiger Personen wurde dahingehend verändert, daß die persönliche Einwilligung durch eine Einwilligung der dazu gesetzlich legitimierten Personen ersetzt wurde. Der Konventionsentwurf von 1994 durchlöchert den vorbehaltlosen und menschenrechtsgestützten Schutz behinderter Menschen weiter:

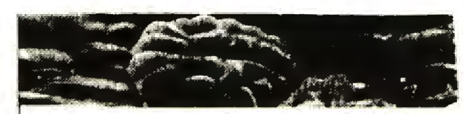
Nicht einwilligungsfähige Personen werden der biomedizinischen Forschung ohne jede Art der Einwilligung verfügbar gemacht.

Ebenso wenig Probleme haben die selbsternannten europäischen "Ethikwächter" mit Gentests. Dem ungehinderten genetischen Screening wird grünes Licht erteilt. Ungeachtet der Warnungen, die vor Erbgut-Checks als Möglichkeit der Selektion von Menschen nach angeblichen "Gendefekten" oder genetischen "Prädispositionen" warnt und die Nutzung dieser Technik zu eugenischen Zwecken aufzeigt, wird diese Gefahr vom CDBI nicht ernst genommen oder auch die Verwirkli

chung dieser Gefahr gewollt. Auch die Weitergabe von Testergebnissen an Stellen außerhalb des Gesundheitswesens wird möglich. Diese Weitergabe soll im Ermessen der Parlamente liegen, die per Gesetz die Nutzung der Genanalyse-Daten ermöglichen können. Dieses Vorgehen kann aber umgangen werden, wie auch das eingestandene Recht auf Menschenwürde und alle anderen eingestandenen Rechte aufgehoben werden können, wenn die "äußere und innere Sicherheit" gefährdet ist, oder die "öffentliche Gesundheit" bedroht ist. Im Zweifel entscheiden die Mächtigen, wann die "Sicherheit" gefährdet ist. Erinnern möchten wir hier nur daran, daß Helmut Kohl vor gut einem Jahr vom Staatsnotstand sprach; und an die rassistische Propaganda, daß die hier lebenden KurdInnen die innere Sicherheit bedrohten. Was mit öffentlicher Gesundheit gemeint ist, bleibt unerklärt. Es ist zu befürchten, daß dieser Begriff in seiner Anwendung und Auslegung eine ähnliche, wenn auch eine moderatere, Funktion erfüllen könnte, wie der Begriff der "Volksgesundheit", der von den deutschen Faschisten zur Durchsetzung ihrer "Gesundheitspolitik" genutzt wurde.



Das im Konventionsentwurf enthaltene Verbot von Eingriffen in die menschliche Keimbahn, ist nur ein vordergründiger Kompromiß, der "in einigen Jahren im Lichte der biomedizinischen Entwicklung überdacht werden muß", hieß es im ersten Konventionsentwurf. Dieser Hinweis fehlt im zweiten Konventionsentwurf. Auf die Streichung dieses Hinweises legt Prof. Ludger Honnefelder, Mitglied der deutschen Delegation des CDBI (verantwortlich für die geplante "Bioethik"-Konvention), besonderen Wert, weil sie auf Antrag der deutschen Vertretung erreicht wurde. Als Scheinheiligkeit und reine Taktik stellt sich dieser Wegfall durch die Tatsache heraus, daß eben dieser Prof. Ludger Honnefelder, als Leiter des "Instituts für Wissenschaft und Ethik" in Bonn derzeit an einem Forschungsprojekt arbeitet, das ergeben soll:



"...welche Eingriffe in die Keimbahn als gerechtfertigt zu akzeptieren und welche abzulehnen sind" (Auszug aus dem Arbeitstitel). Es drängt sich einmal mehr der Verdacht auf, daß offizielle Stellungnahmen nur zur Beruhigung der Öffentlichkeit dienen. Auch ist bekannt, daß ein wachsender Kreis der "Forschergemeinde" gezielte Eingriffe in die Keimbahn für wünschenswert hält, wenn die Gentechnik einmal soweit ist, erwünschte Gene ohne Nebenwirkungen genau und plaziert in die DNA einzubauen. Ein Patentauftrag auf ein sogenanntes "Designer-Sperma" liegt dem Europäischen Patentamt bereits vor. Die Forschung an In-Vitro-Embryonen soll bis zum 14. Tag möglich sein. Auch die Herstellung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken soll denjenigen Staaten erlaubt sein, die dies wünschen. Großbritannien etwa brauchte nur einen diesbezüglichen Vorbehalt zur Konvention geltend zu machen. In Deutschland verbietet das Embryonenschutzgesetz bislang derartige Maßnahmen. Die Organtransplantation und die Organentnahme an für "hirntot" erklärten Menschen wird von der Konvention befürwortet. Die kritische Diskussion über den "Hirntod" als eindeutige Grenze zwischen Leben und Tod eines Menschen ist damit vom Tisch gewischt. In der Bundesrepublik gibt es seit einigen Jahren wieder vermehrt Stimmen (in letzter Zeit auch aus kirchlichen Kreisen), die der Definition des "Hirntodes" ablehnend gegenüberstehen. Ganz im Gegensatz zu diesen GegnerInnen des "Hirntod"-Konzeptes wird in den USA sogar daran gearbei-



tet, die Verfügbarkeit über Organe zu erhöhen. Zum einen soll die Hirntoddefinition ausgeweitet werden: PatientInnen, deren Hirnrinde (oder Teile) ausgefallen sind, das Atemzentrum in der Medulla oblongata aber beispielsweise noch funktioniert, sollen für tot erklärt und explantiert werden dürfen. Zum anderen soll in Pittsburgh (USA) den PatientInnen angeboten, bzw. angeraten werden, in bestimmten Situationen auf medizinische Maßnahmen zu verzichten und sich ausschlachten zu lassen. TransplantationsmedizinerInnen und ihre ("Haus")-Ethiker, die vorgeben, hehre Ziele zu verfolgen, betreiben eine us-amerikanische Variante von Euthanasie.

Auch wird mit diesem Entwurf der "Bioethik"-Konvention die Tatsache verleugnet, daß die Transplantationsmedizin einen Bedarf an Organen schafft, der einen weltweiten Organhandel nach sich zieht. Spiegel-TV belegte z.B. in einer Sendung vom 14.12.93, daß Eurotransplant (eine mitteleuropäische, zentrale Informations- und Verteilungsstelle für Organe) Nieren aus Moskau erwarb, die lebenden Unfallopfern illegalerweise entnommen worden waren. D.h., daß diese Menschen letzlich durch die Organentnahme getötet wurden. Wesentlich mehr belegbare Beispiele für aus dieser Motivation heraus getötete Menschen und dem Handel mit ihren Organen ließen sich für die Staaten des Trikonts anführen.



"Blut, Blutbestandteile, Eizellen, Sperma und fetale Organe" sollen in einem Zusatzprotokoll von den Vorschriften zur Organtransplantation ausgenommen werden. Auch hier entlarvt sich der hehre Anspruch, "Teile des Körpers dürfen als solche keinen finanziellen Vorteil begründen" als pure Rhetorik. Ein Infragestellen des schwunghaften Handels mit Eizellen, Spender-Samen und Embryozellen würde das Geschäft mit Leihmüttern, künstlicher Befruchtung und abgetriebenen Embryos in einigen Ländern verderben. Ein Verbot der Klonierung menschlicher Embryonen oder ein Hinweis darauf findet sich in der gesamten Konvention nicht. Auch dies ist ein Beleg dafür, daß diese Konvention, statt Menschenrechte und Menschenwürde zu schützen, wie es ihr Titel verspricht, ungehemmte biomedizinische Forschung ermöglichen will.

Die Konvention ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie "Bioethik" als von PhilosophInnen, TheologInnen, BiologInnen und SoziologInnen kreierte Legitimationswissenschaft für die Anwendung neuer Technologien wie der Gen- und Reproduktionstechnik und der Transplantationsmedizin wirkt. Die Aufgabe, die neuen Techniken zu

bewerten und die Grund- und Menschenrechte zu wahren, wird dabei der Öffentlichkeit entzogen und an selbsternannte Expertengremien abgegeben. So wird die "Bioethik" zum wirksamen Instrument, die Akzeptanz der neuen Techniken für die Gesellschaft schrittweise zu verbreitern und Widerstände aus dem Weg zu räumen.

Die geplante "Bioethik"-Konvention des Europarates wurde wie bereits erwähnt vom CDBI als völkerrechtlicher Vertrag entworfen. Das CDBI ist ein Gremium, das unterhalb der Ebene der Regierungen der europäischen Staaten agiert, ohne Kontrolle und Rechenschaftspflicht gegenüber deren Parlamenten oder den europäischen Parlament als Organ der Europäischen Union. Die europäische "Bioethik" ist damit zu einer politisch-rechtlichen Sonderebene geworden, die weitgehend nach dem Prinzip der Freimaurer-Logen nichtöffentlich agiert, aber überwiegend aus öffentlichen Geldern finanziert wird. Sie nutzt dabei gezielt die Netzwerke staatlicher Wirtschafts- und Forschungsförderung. Bezeichnenderweise hat das CDBI in seinem Vorschlag festgelegt, daß die Konvention nicht vom europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überwacht werden soll, sondern von einem speziellen Gremium, das nach bekanntem Strickmuster mit ProtagonistInnen der "Bioethik" besetzt worden ist: die "Bioethik"-Gemeinde kontrolliert sich selbst!!

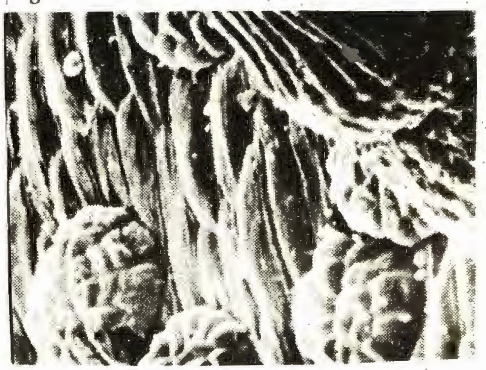
Zur ungebrochenen Kontinuität eines Menschenbildes:

Hinter dieser Konvention steht ein Menschenbild, das sich in seinem Kern nicht viel von dem unterscheidet, was zwischen '33 und '45 in der Medizin während des deutschen Faschismus seinen extremsten Ausdruck im Leid und Tod vieler Menschen fand. Mit Hilfe dieses Menschenbildes wurde nach bestimmten Kriterien (z.B. Religion, Geschlecht, Herkunft, Äußerlichkeiten, politischer Gesinnung, Arbeitsfähigkeit, Armut, Sexualität u.a.) selektiert. Die Begründungen und Techniken einer Selektion sind heutzutage moderner und subtiler geworden. Anstatt Ursachen für gesellschaftliche Mißstände in politischen und wirtschaftlichen Bedingungen zu suchen für z.B. Kriminalität und Arbeitslosigkeit, werden Gene dafür verantwortlich gemacht. Damit wird das Augenmerk von den eigentlichen Ursachen auf eine molekular-biologische Ebene gelenkt. Zu Ende gedacht hieße das, daß jegliches soziales und politisches Engagement zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unnötig ist, weil alles genetisch vorherbestimmt und unveränderbar festgelegt wäre. Ohne diese Diskussion jetzt genauer zu führen, meinen wir, derart einfache biologische Erklärungen für solch komplexe Zusammenhänge zu postulieren, ist falsch und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Diese "Bioethik"-Konvention wurde intern erstellt und sollte im Stillen ratifiziert werden. Die Öffentlichkeit und möglicher Protest sollte umgangen werden. Diesem Vorgehen, sowie dem Inhalt setzen wir unseren Widerstand entgegen!!!

FÜR DIE SOFORTIGE AUFLÖSUNG DES CDBI UND DIE STREICHUNG VON GELDERN FÜR DIE BETEILIGTEN UND IHRE PROJEKTE!!!

AG gegen Biologismus und Gen-Ideologie



Quellen: Med-Mabuse, Konkret, Junge Welt, FAZ, FR, GID, taz, Randschau, Welt, Spiegel u.a.

aus:"Vielgut" WS 94/95, Zeitung des Fachschaftsrates Medizin, Hamburg

---

Terrorizing the Neighborhood

Rote Flora

3.12.1994

22 Uhr

Ragga, Dubhouse, Hiphop

Soliparty für die Zeck

bitte vormerken!



Autonomie-Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen

Ostern '95 wird in Berlin der bundesweite Autonomie-Kongreß stattfinden. Die Idee dazu entstand nach den Auseinandersetzungen um die 1. Mai-Demo 1993, deren Vorbereitung immer stärker von verschiedenen dogmatischen Gruppen bestimmt wurde. Die Frage, was denn eigentlich die Autonomen inhaltlich (und formal) von den dogmatischen Linken unterscheide rückte dabei in das Zentrum des Interesses. Was ist es eigentlich, was autonome Politik ausmacht (und in den 80er Jahren auch so attraktiv gemacht hat)? Gibt es so etwas wie eine autonome Theorie? Welche Rolle spielen die Bewegungen und Kampagnen und was heißt es für die Autonomen, wenn – so wie heute – keine oder kaum noch Bewegung mehr existiert? Was sind also die Ursachen der überall wahrgenommenen Krise linker Politik und gibt es Wege aus der Krise?
Schnell war klar, daß diese Fragen sich nicht nur dem 1. Mai-Vorbereitungsplenum stellten und schon garnicht von diesem allein beantwortet werden können.

Im Frühjahr '94 wurde dann die Idee, einen – damals noch – Autonomenkongreß zu veranstalten in die Öffentlichkeit getragen und in der »interim« und anderen autonomen Medien recht kontrovers diskutiert. Die Diskussionen sowie die Protokolle der bisher zwei bundesweiten Vorbreitungstreffen können in dem im Schwarzmarkt erhältlichen Reader sowie in den Kongreß-Ordnern, die ebenfalls im Schwarzmarkt bzw. im Archiv der sozialen Bewegungen in der Flora stehen nachgelesen werden. Sie hier noch einmal nachzuvollziehen würde wohl zu weit gehen.

Das vorläufige Ergebnis der Treffen und Diskussionen ist bisher vor allem eine Erweiterung des Kongresses auf alle linksradikalen undogmatischen Gruppen. (Vor allem die Ost-Linken – aber auch einige der Westlinken – konnten oder wollten sich nicht unter den Begriff Autonome zusammenfassen lassen.)

Das inhaltliche Konzept des Kongresses sieht bisher folgendermaßen aus:

- Geschichtsaufarbeitung: Was ist die letzten Jahre/Jahrzehnte gelaufen? Was ist erreicht worden? Was war unsere Motivation, politisch zu kämpfen?
- Situationsbestimmung: Wie ist die Lage der linksradikalen Bewegungen heute? Wie ist die »Flaute« entstanden? Was sind unsere Inhalte?
- Aussicht: Wie kann es weitergehen? Welche neuen (Kampf-)Formen müssen wir angesichts der veränderten Umstände entwickeln?

Bei allen drei Aspekten stellt sich die Frage, was »uns« verbindet und was uns trennt; also wo, wie und mit wem wir zusammenarbeiten können und müssen und was warum zu Trennungen und Spaltungen geführt hat.

Wie diese Fragen auf dem Kongreß diskutiert werden sollen, welche Struktur eine sinnvolle Diskussion ermöglichen kann, darum ging es auf den bisherigen bundesweiten Treffen und das wird auch ein zentraler Punkt des nächsten Treffens in Erfurt sein.
Darüberhinaus ging es beim ersten Treffen in Halle vor allem um den »Ost-West-Konflikt« der Linken sowie um die Frage der Notwendig- bzw. Sinnhaftigkeit einer getrennten Organisierung entlang der Geschlechtergrenze. In Kassel spielten dann die unterschiedlichen Vorstellungen der ost- und westdeutschen Linksradikalen nur noch eine untergeordnete Rolle – es waren kaum Leute aus der ehemaligen DDR beim Treffen anwesend. Die, die da waren, betonten zwar ihr Interesse an einem Erfahrungsaustausch, verwiesen aber auf die Notwendigkeit selbst die eigene Geschichte aufarbeiten zu müssen und warfen der Westlinken Ignoranz gegenüber den Themen und Porblemen der Ostlinken vor..
Dafür gab es länger Diskussionen über die Forderung der SPUKs (SchülerInnen PlenumUndogmatischKreativ), die eine gesonderte Berücksichtigung der Jugendlichen bzw. der "Neuen" einforderten und durchsetzten.
Das dritte bundesweite Treffen findet – wie ja oben schon erwähnt – am 26./27. November in Erfurt statt. Genauer Ort und Zeit stehen noch nicht fest, wird aber rechtzeitig in den Ordnern nachzulesen sein.

Die Hamburger Vorbereitung:

Seit Juni gibt es auch in Hamburg ein regelmäßiges Vorbereitungstreffen für den Kongreß. Nachdem zu dem ersten Treffen über 40 Leute kamen, bestand das Interesse vor allem an einem Austausch der übriggebliebenen Gruppen und Einzelpersonen. In den folgenden Treffen sollte es vor allem darum gehen, zu erfahren und zu diskutieren, was denn an politischer Arbeit in Hamburg noch so läuft und welche Erfahrungen damit gemacht werden.
Es sollte also nicht in erster Linie um die Diskussion und Vorbereitung des Kongresses gehen, sondern eher um die Probleme und Perspektiven autonomer Politik in Hamburg.
Das fing dann auch ganz spannend und konfus an: Einzelne Gruppen stellten ihre Arbeit vor, ihre Fragen und Schwierigkeiten, die sich oft als allgemeine erwiesen. Nach wenigen Treffen schrumpfte jedoch die TeilnehmerInnenzahl derart, daß wir uns fragten, woran das den liegen könnte.

Die Tatsache, daß von dem beim ersten Treffen von fast allen geäußerten regen Interesse an einem hamburgweiten Austausch innerhalb nur zweier Monate praktisch nichts mehr zu spüren ist verweist auf Probleme autonomer Politik, die in den letzten Jahren immer wieder und an verschiedenen Punkten deutlich wurden sowie auf Fehler in der Konzeption der Vorbereitungstreffen.
Im Nachhinein war es wohl ein Fehler, die Kongreßidee auf den Vorbereitungs-

treffen zu unkonkret zu lassen. Zwar sollte es bei den Treffen irgendwie um die Vorbereitung des Kongresses gehen, aber die Kongreßidee wurde weder inhaltlich noch formal diskutiert. Das lag sicherlich auch daran, daß wir uns erhofften, über die Diskussion der Schwierigkeiten und Perspektiven autonomer Politik in Hamburg quasi automatisch und ohne uns explizit darum kümmern zu müssen auch die allgemeinen Fragen des Kongresses zu diskutieren.

Realistisch gesehen war es wohl eher so, daß viele ein recht diffuses Intere se am Kongreß hatten, es aber den me- sten – auch uns – recht unklar wär, worum eine Diskussion gehen müßte, ere Ergebnis Ideen und Vorstellungen für den Konreß sein sollte.

Der wichtigere Grund für das geringe Interesse an den Vorbereitungstreffen dürfte aber weniger mit der konkreten Vorbereitung als vielmehr mit allgemeinen Problemen der autonomen Linken in Hamburg zu tun haben.

Seit Jahren scheitern mit schöner Regelmäßigkeit alle Versuche, die politische Arbeit der Autonomen wieder stärker zusammenzubringen. Die Gründe dafür sind vielschichtig und reichen von verschiedenen politisch begründeten Abspaltungsprozessen über jahrzehntealte politische und persönliche Feindschaften, Desinteresse an politischer Auseinandersetzung bis hin zu ganz banaler Arbeitsüberlastung einzelner noch Verbliebener.

Im Kern geht es dabei immer wieder um die spätestens seit Mitte/Ende der 80er Jahre einsetzende Tendenz der Spaltung und des Zerfalls der autonomen Bewegung in immer mehr und immer kleinere Gruppen und Grüppchen; verstärkt noch einmal durch die insgesamt sinkende Zahl der Leute, die ein aktive autonome Politk noch tra gen.

Gleichzeitig gibt es ebenfalls etwa seit Ende der 80er Jahre nichts mehr, was sich als gemeinsames Ziel einer autonomen Bewegung bezeichnen ließe. Verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen führten dazu, daß die Vorstellung hier, heute und jetzt die Verhältnisse zum tanzen bringen zu können immer weniger Überzeugungskraft entfalten konnte. Spätestens seit 89 beschränkte sich autonome Politik und Praxis weitgehend auf Abwehrkämpfe gegen staatliche Repression, gegen den Nationalismus der »Wiedervereinigung«, den Rassismus der Gesellschaft und schließlich gegen die erstarkende faschistische Organisierung und die Verbreitung ihrer Ideologie.

Natürlich waren all diese Reaktionen auf die veränderten gesellschaftlichen Umstände notwendig. Den Abwehrkämpfen fehlt jedoch weitgehend der Anspruch, einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu repräsentieren. Am weitestgehendsten trifft das für die Antifa-Arbeit zu. Während Antirepressionsarbeit wenigstens noch Kollektivität und Solidarität als Elemente politischer Gegenentwürfe enthält und Antinationalismus und Antirassismus zumindest als Utopie noch die Vorstellung der herrschaftsfreien Gesellschaft propagieren, geht es bei der Antifaarbeit – bei all ihrer unbestrittenen Notwendigkeit – nur noch um das Zurückdrängen gesellschaftlicher Entwicklungen.

Der weitgehende Verlust eines gesellschaftichen Gegenentwurfs fiel im autonomen Alltag zusammen mit einer fortschreitenden Auflösung der Szene als soziales und politisches Umfeld. Wie es die GenossInnen der Autonomen Zelle Hamburg in ihrer Erklärung zum Anschlag auf Dommel treffend formulierten, befindet sich zwar inzwischen ein größerer Teil der Gewerbeflächen im Schanzenviertel in »unserer Hand«, aber die Szene ist immer weniger Ort politischer Auseinandersetzung und Aktion. Im Grunde befinden wir uns in der paradoxen Situation, viele der »Freiräume« erkämpft oder bekommen zu haben, diese aber nicht mehr mit Inhalten füllen zu können. Zumindest gibt es wenige Ideen und Ansätze die »Freiräume« zu nutzen, die sich substanziell vom gesellschaftlichen Mainstream abheben würden.

Gerade der Erfolg bei der Durchsetzung der »Freiräume« zusammen mit der Zersplitterung der Szene scheint ein wichtiger Grund für das geringe Interesse an einer gemeinsamen Arbeit und Diskussion zu sein. Die Abgrenzungs- und Isolierungsbewegungen führten – auch wenn sie begründet und notwendig waren – zu einer Enklavenbildung. Die politisch aktiven Gruppen arbeiteten auf den jeweiligen Spezialgebiet weiter, jedoch weitgehend ohne sich gegenseitig zu beeinflussen. Der Verlust der gesamtgesellschaftlichen Perspektive und die damit einhergehend schwindende Anziehungskraft der autonomen Szene, gekoppelt mit dem »normalen« altersbedingten Schwund, daß Leuten das Leben in der Szene zu unangenehm oder zu enttäuschend oder unbequem wird, führten dazu, daß aus vielen mittelgroßen Gruppen schließlich wenige kleine wurden, die die Probleme der Entwicklung jetzt zu spüren bekommen.

Das soll jetzt hier kein Plädoyer für die neue Einheit unter den Linken sein. Viele Trennungen und Spaltungen waren und sind politisch sinnvoll und in manchen Fällen sicher die einzige Möglichkeit. Dennoch müssen wir uns dem Problem stellen, trotz der unterschiedlichen Verhältnisse, in denen wir zueinander stehen eine übergreifende Perspektive linker Politik zu entwickeln. Es wäre natürlich vermessen, eine schnelle Antwort auf diese Frage zu erwarten. Ein wie auch immer geplanter Kongreß kann dies nicht leisten. Aber die Entwicklung eines neuen politischen Ansatzes und damit eine mögliche Perspektive für unseren Kampf kann in der vorbereitenden (und später in der nachbereitenden) Diskussion für so einen Kongreß laufen. Der Kongreß selber kann in dieser Arbeit dann ein Höhepunkt sein, auf jeden Fall bleibt er nur eine Durchgangsstation.

Würden wir uns darauf beschränken, Ostern nach Berlin zu fahren, verkämen diese Idee zum bloßen Spektakel. Wir verstehen den Kongreß stattdessen als Anlaß und als eine Chance, mit möglichst vielen Linken aus Hamburg zu diskutieren und darüber etwas bewegen.

Es liegt an uns.

Einige aus der Kongreß-Vorbereitung

Termine.

Vorbereitungstreffen in Hamburg Do, 10.11., 20 Uhr und Do, 8.12., 20 Uhr, jeweils in der Roten Flora

Bundesweites Vorbereitungstreffen 26./27. November in Erfurt.



auch unter erschwerten Bedingungen gilt: immer in Bewegung bleiben!

Das neue Männercafé - Ich war eine Döse

Wir, die beiden verbliebenen Tresenschichten (Männergruppe Elend, einige aus dem Männermedienarchiv und Einzelne), haben beschlossen, das Männercafe im Cafe Döse zu schließen. Da wir nur noch ca. 10 Leute sind, sehen wir uns nicht mehr in der Lage, den Cafebetrieb aufrechtzuerhalten, zumal es in den letzten zwei Jahren immer weniger Besucher gab, geschweige denn Männer, die sich für regelmäßiges Mitmachen bereiterklärt hätten.
Parallel dazu ließ unsere Motivation, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu machen, immer weiter nach. Unter anderem deshalb haben wir es nicht geschafft, unser Selbstverständnis und Programm nach außen zu tragen, wodurch interessierten Männern der inhaltliche Zugang erschwert wurde. So entwickelten die Cafezeiten sich immer mehr zu Privatveranstaltungen ohne Außenwirkung.
Angesichts dieser Lage hatten wir in den letzten Monaten nicht mehr die Energie, uns mit Problemen, die es auch im Döse gibt, zu befassen. Z.B. haben wir die Zusammenarbeit mit den anderen DösebetreiberInnen nicht mehr geregelt bekommen.
Alles in allem sehen wir keinen Sinn mehr darin, den Cafebetrieb in dieser Form weiterzumachen. An dieser Stelle können wir uns den Vorwurf an Euch, liebe (Szene-)Männer nicht verkneifen, daß ein Männercafe logischerweise nur dann funktionieren kann, wenn Männer (Ihr!) mitmachen.



Wir gehen aber davon aus, daß es einen Konsens über die Notwendigkeit der Auseinandersetzung unter Männern und damit auch eines Männercafes gibt. Wir denken, daß ein gründlicher Neuanfang an anderer Stelle mit neu überdachtem Konzept sinnvoll ist. Deshalb geben wir hocherfreut und -motiviert bekannt: das Männercafe lebt weiter und zwar ab dem 29. November dienstags im KSK-Laden.

Das neue Männercafe soll allen Männern, die in irgendeiner Form ihre Rolle als Mann im Patriarchat kritisch hinterfragen und sich darüber auseinandersetzen wollen, den Raum und die Möglichkeit dazu geben. Das bedeutet, gleichzeitig ein Ort des Austauschs für schon bestehende Männergruppen und eine Einstiegsmöglichkeit für "Neu-Interessierte" zu sein.
Wir wissen, daß die patriarchalen Macht- und Gewaltstrukturen in uns Männern genauso zu bekämpfen sind, wie die in der Gesellschaft, die sich v.a. gegen FrauenLesben und Schwule richten und für die Männer verantwortlich sind. Das gilt grundsätzlich, wird für viele (Männer) aber erst dann deutlich, wenn einzelne Vorfälle benannt werden und sich als vermeintlich besonders krasser Ausdruck von allgegenwärtigen sexistischen Verhältnissen herauskristallisieren. Zur Zeit wären da z.B. zu nennen: Waßmann, El Rojito, die fehlende Auseinandersetzung um die Interviews zu Sexualität und Herrschaft. Das Männercafe soll ein Ort für die Diskussion u.a. hierüber sein.
Es ist uns sehr wichtig, mit dem Cafe ein sicht- und angreifbares Stück Struktur einer hoffentlich radikalen antipatriarchalen Männerbewegung zu schaffen, das kurzfristiges Agieren, Reagieren, also Eingreifen ebenso wie längerfristige Projekte, Diskussionen und Organisierung ermöglicht. Es geht also nicht darum, ein Feigenblatt für Szenemänner zu schaffen!
Wenn wir uns verändern wollen, müssen wir ein solidarisches, offenes und liebevolles Miteinanderumgehen unter Männern lernen und leben, Schutzwälle abbauen und uns angreifbar machen. Das darf aber gerade nicht heißen, daß sich eine Schutzzone für Männer entwickelt, in der Männerkumpanei eine Veränderung im antipatriarchalen Sinne blockiert. Genausowenig ist das Männercafe ein Rückzugsgebiet der reinen Selbsterfahrung und des Aufbaus neuen Selbstbewußtseins zur Verteidigung von männlichen Privilegien. In diesem Zusammenhang wollen wir uns auch klar von zunehmenden chauvinistischen und esoterischen Tendenzen in Teilen der sog. "Männerbewegung" abgrenzen. Wir orientieren und reiben uns an feministischen und herrschaftskritischen Analysen, Forderungen und Kämpfen.

Unser Ziel ist, daß allen Männern, die sich hiermit beschäftigen, das Männercafe als Ort der Auseinandersetzung und des Handelns bekannt ist und sie in irgendeiner Form Gebrauch davon machen - besonders wenn es akut angesagt ist, daß Männer Stellung beziehen. Wenn es soweit ist (Träum...), dann dürfte es auch wieder Veranstaltungen geben - Themen gibt es wahrlich genug.
Das alles läuft nur, wenn Ihr mitmacht und Einige auch Verantwortung übernehmen. Also Männer und Männergruppen, überlegt, ob Ihr z.B. einmal im Monat ne Tresenschicht übernehmen wollt. Für die erste Zeit werden wir dafür sorgen, daß das Cafe dienstags ab 17 Uhr auf ist, es Kaffee, Tee, Kuchen und eine nette Atmosphäre gibt. Für den Dezember planen wir ein paar Veranstaltungen, alles weitere hängt dann davon ab, wie's läuft.

Jedenfalls laden wir Euch hiermit alle zur großen Neueröffnung des Männercafes am 29.11. in den Linken Laden im Kleinen Schäferkamp 46 ein! Es soll sowas wie ein lockeres Plenum geben, in dem wir unsere Vorstellungen darlegen und mit Euren austauschen wollen und uns gegenseitig etwas kennenlernen können. Später am Abend gibt's dann noch eine rauschende Eröffnungsparty, die nun wirklich kein Mann verpassen sollte!

Wir freuen uns auf Euch!!



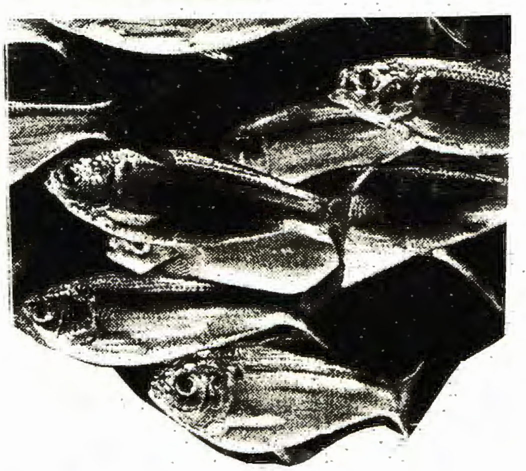
Über die Normalität des Bösen (Diskussionsbeitrag in Berlin zu Selbstorganisierung)

Um die Gründe für die Notwendigkeit der Selbstorganisation und des Selbstschutzes transparent und plausibel zu machen, ist es unabdingbar, unsere Ansichten und Empfindungen über dieses Land sowie unsere Meinung über die Population, die dieses Land bewohnt, zu erläutern. Weil das eine die Bedingung für das andere ist. Weil die Verhältnisse, die in diesem Land herrschen und das Verhalten derjenigen, die auf die eine oder andere Weise das Sagen haben, bzw. der Herrenmenschen-Klasse angehören und uns wörtlich dazu gezwungen haben. Sie lassen uns keine aber gar keine andere Wahl mehr.

Seit Beginn der Bananenfütterung und der Leerräumung der "Fideoregale" - offiziell Wiedervereinigung genannt - sind fast 20.000 Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen verübt worden. Nach der Abschaffung des Asylrechts und die Forcierung der Abschiebewelle ist eine Vermehrung der Angriffe auf alle MigrantInnen zu erkennen (über 40 % der Angriffe, die im letzten Jahr stattgefundem haben, richteten sich gegen MigrantInnen).

Der Prozeß der Identitätsfindung der Deutschen setzt die kollektive Erfahrung der Vernichtung, Verstümmelung und verbale rassistische Exesse gegen die, die als Nicht-Deutsche oder nicht-deutsch genug von den Mehrheitsdeutschen definiert wurden, voraus.
Sie setzt die wiederholte Verbrennung von Sachsenhausen und anderen KZ-Gedenkstätten voraus. So und nur so kann "zusammenwachsen was zusammengehört".
Ein Ende dieses Siegesfeldzuges ist nicht in Sicht. Wohl aber eine Normalisierung dieses Zustandes. Die Anschläge finden kaum noch Beachtung. Wenn sie überhaupt öffentlich gemacht werden, haben sie weniger Nachrichtenwert in den Gazetten dieses Landes (Zeitungen genannt) als ein beliebiger Verkehrsunfall.
Die Vollendung dieser Normalisierung tritt erst ein, wenn die Diskriminierten ihre Diskriminierung hinnehmen und sich daran anpassen.
Sie tritt ein, wenn auch die radikalsten GegnerInnen dieser Gesellschaftsformation anfangen, sich daran zu gewöhnen und ihren Alltag danach richten.
Danach richten heißt, daß, wenn die Hetzjagd auf Flüchtlinge und MigrantInnen stattfindet, wie z.B. in Magdeburg, dies keine bundesweite Mobilisierung mehr wert ist. Zur Erinnerung: Nach Hoyerswerda und Rostock haben noch 20.000 demonstriert. Nach Magdeburg kamen noch ein paar hundert. Nach Mannheim-Waldhof kamen noch einige Dutzend.
Und in Kalbach bei Frankfurt werden die dort lebenden Roma-Familien schikaniert, ohne daß jemand Notiz davon nimmt. Die Roma-Union, die sich um diese Familien kümmert, kämpft auf verlorenem Posten. Ihr kennt schon das Stimmungsmuster: "Die leben doch auf unsere Kosten", "verpissen unsere Vorgärten", "verbreiten Dreck", "ihre Kinder klauen anstatt in die Schule zu gehen" und vor allem "sie feiern und singen zu laut".
Dieser ganze Müll wird in den immer wieder stattfindenden Volksversammlungen, wo der Mob sich demokratisch formiert, ausgekotzt. In Kalbach wohnen nicht nur die Roma-Familien. Dort, in der Talstr. 10, wohnt auch ein Herr Arnold Strippel. SS-Obersturmführer und KZ-Wächter Strippel hat am 20. April 1945, 20 jüdische Kinder umgebracht, als Geschenk für Führers Geburtstag. Nach dem Krieg wurde er entdeckt und verurteilt. Nach kurzer Zeit wurde er freigelassen mit einer saftigen Haftentschädigung von 150.000 DM.
Um ihn gibt es keine Aufregung in Kalbach. Im Gegenteil. Als 1982 eine Gruppe von DemonstrantInnen vor seinem Haus protestierte, wurden sie unter johlendem Beifall der Nachbarn von der Polizei verhaftet. Außer der Polizeianzeige wurden sie von mehreren Nachbarn wegen Ruhestörung angezeigt. Als 1991 der Journalist Ortner seine Nachbarn über Strippel befragen wollte, stieß er auf die geschlossenen Reihen der dort lebenden Volksgemeinschaft: "Was wollen sie denn von ihm, können sie den alten Mann nicht in Ruhe lassen", "schließlich ist er ein Kalbacher, einer von uns". Das stimmt allerdings. Nur unter Mördern oder potentiellen Mördern kann er so harmonisch, indem er Schutz und Solidarität genießt, leben.
Die KalbacherInnen sind absolut nichts Besonderes. Sie wählen SPD, CDU, DKP, die Grünen, die Republikaner. Eben Durchschnitt. Sie gehen arbeiten, erzeugen und erziehen Kinder, führen ihre Hunde aus usw.





Alles ganz banal und millionenfach vorhanden. Wie sagte mal einer: "Die Deutschen sind nicht krank. Sie sind unheilbar gesund".

In der letzten Zeit wurde ein neues Erklärungsmuster für die Pogrome verbreitet. Die klimatischen Bedingungen wurden zur Ursache für die Pogrome erklärt: in Magdeburg die strahlende Sonne und in Mannheim-Waldhof der Vollmond.
Und die linke Antwort darauf? Sie hält fest an ihrer Lieblingserklärung: Ursache der rassistischen Exzesse sind die sozialen Probleme. Basta! Sie schwafelt, offen und hemmungslos - wie wir in der Diskussion um Mannheim-Waldhof und davor um Schönau hören mußten - von sozialem Neid, von engem Wohnraum, von Perspektivlosigkeit der TäterInnen, von fehlenden Jugendhäuser usw.
Schlimmer noch: Wenn wir die rassistischen Pogrome rassistische Pogrome nennen, auch dann, wenn keine Neonazis bzw. Skinheads zu sehen sind, sondern ganz normale Familienväter und -mütter wie in Waldhof, werden wir angemacht, weil es sich ja - nach linkem Erklärungsmuster - um einen Nachbar-



schaftsstreit handelte. Mit Rassismus hat dies nichts, aber auch garnichts zu tun. All das, obwohl in der Nacht zum 25. Mai 1994 200 deutsche NachbarInnen im Freien Weg ihre Straße von den drei türkischen Familien, die dort seit über 20 Jahren lebten, befreiten, "ausländerfrei" machten. Die Polizei hat die Familien für immer aus ihren Häusern evakuiert, weil sie sonst keine Überlebenschancen mehr hätten. Danach, um den Flächenbrand auf die benachbarten Stadtteile zu verhindern, wurde eine starke Polizeipräsenz eine Woche lang angeordnet.
Wenn dann zu der Belehrung dessen, was wir als rassistisch definieren dürfen und was nicht, eine Diskusion unter den deutschen Linken ausbricht, über Stadtteilarbeit mit dem Mob wegen ihres Sozialklimbims nachzudenken, wenn also der "autonome Mobworker" konstruiert werden soll, dann handelt es sich nicht mehr um bloße Meinungsverschiedenheiten. Hier wird ganz deutlich demonstriert, auf welcher Seite mann/frau steht.
Es gilt nach wie vor als ein Verbrechen, wenn Polarisierungs- und Spaltungsversuche in dieser Gesellschaft angestrebt werden. Ein Harmoniebedürfnis ohnesgleichen. Keine Ideologien, keine Parteien, sondem nur noch Deutsche.
Auf der anderen Seite erleben und erfahren wir eine MigrantInnenpolitik seitens der meisten etablierten MigrantInnen-Vereine und - Institutionen, mit der wir nichts aber auch gar nichts anfangen können.
Denn deren Antwort auf die Verbrennung von "AusländerInnen" ist der nächste Antrag auf Senatsgelder für die Aufstellung der neuen Folkloregruppe, um beim nächsten Multikulti-Fest mit exotischem Flair anzubiedern. Manche - wie ein türkischer Verein in Lübeck - organisierten sogar Bekehrungsreisen für unsere Mörder in die Türkei, um den Skinheads das Nicht-Töten von Flüchtlingen und MigrantInnen beizubringen. Wenn das nur wäre, bräuchten wir vielleicht nicht sonderlich uns mit diesem Dreck zu befassen. Es geht aber weiter. Jedesmal wenn MigrantInnen sich zu wehren beginnen, sind solche MigrantInnen-Institutionen wie die Kommunale Ausländervertretung in Frankfurt zur Stelle: Mit Verurteilungen nicht etwa nur der TäterInnen, sondern auch derjenigen, die das nicht hinnehmen und Widerstand leisten. So geschah es nach Solingen, so geschah es nach den KurdInnenprotesten in diesem Jahr. D.h. auch wenn wir sie in Ruhe lassen wollten, ist dies nicht möglich. Sie agieren als verlängerter Arm der deutschen rassistischen Parteien und Institutionen. Unsere Probleme haben wir auch mit verschiedenen politischen Gruppen der MigrantInnen. Die eigene Ideologie wird über die eigenen Erfahrungen, die sie auch in diesem Land machen, gestellt und danach gehandelt.
Ein Cafe-Morgenland-Spezifikum gibt dem Ganzen den letzten Schub: Wir erheben den Anspruch, nicht nur gegen Rassismus, sondern gegen alle anderen Gewalt- und Unterdrückungsverhältnisse zu kämpfen und zwar in den eigenen Reihen beginnend. D.h. weder Antisemitismus noch Sexismus noch Nationalismus haben Platz in unseren Zusammenhängen.
Wir wollen nicht mehr - im Namen des Kampfes für die Aufhebung eines Gewaltverhältnisses - andere hinnehemen oder uns opportunistisch dazu verhalten (um die Bewegung nicht zu gefährden wie es immer in den linken Kreisen hieß).
Wer nun die Verhältnisse innerhalb der MigrantInnen kennt, ahnt schon mit welchen verhängnisvollen Zuständen wir uns auseinanderzusetzen haben. Ein Beispiel: Nach Solingen haben die im Kölner Raum lebenden Griechen massenhaft begonnen eine Halskette mit Kreuz zu tragen. Um sich von den Türken zu unterscheiden. In der Erwartung, daß nicht sie, sondern ihre türkischen NachbarInnen, KollegInnen usw. Angriffsobjekt werden.
Oder sie richten ihren Haß gegen sich selbst. In Bochum hat ein Türke vor zwei Monaten versucht, mitten im Einkaufsbummel, sich das Leben zu nehmen. Er schrie "ich halte diese rassistische Anmache nicht mehr aus". In Höchst-Odenwald hat ein Migrant, nachdem er bei der Polizei erfolglos versucht hatte eine Anzeige wegen eines rassistischen Angriffs aufzugeben (die Bullen haben ihn jedesmal rausgeschmissen) versucht, sich und seine Familie zu verbrennen.
Angesichts dieser realexistierenden Pogromstimmung, angesichts dieser katastrophalen Situation unter den Angegriffenen, streben wir nicht trotz sondern gerade deswegen selbstbestimmende Strukturen an, die eines als Minimum beinhalten müssen: Den eigenen Selbstschutz und Selbstachtung zu gewährleisten. Unsere Sprüche, unsere Musik und unsere Äußerungen dürfen niemals vom Gegner übernehmbar sein. Nichts darf an Eindeutigkeit fehlen: "Wir kriegen euch alle" war der beliebteste Spruch der Lichtenhagener gegen die Flüchtlinge.
Wir behaupten, daß das Bewußtsein dieser Population durch das kollektive Mitmachen in der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, durch die Erfahrung der Vernichtung all derer, die nicht deutsch genug stinken (Roma und Sinti, Homosexuelle, Behinderte, linke GegnerInnen, Angehörige von "nicht-arischen Völkern" usw.), entscheidend und hachhaltig geprägt worden ist.



Wir behaupten weiterhin, daß die Pogromfähigkeit dieser "Hetzmasse" auf die kollektive Verdrängung ihrer Taten in der Nachkriegszeit baut. Fast 50 Jahre lang haben sie diese einzigartige Eigenschaft gepflegt, um ihre Taten herumzuschleichen.



Und wir behaupten, daß ihr kollektiver Rausch vor den brennenden Flüchtlingsheimen oder in ihren Vereinsfesten in den letzten vier Jahren dieses Bewußtsein weiter verfestigt hat. D.h. ein enormes Vernichtungspotential liegt zur Zeit brach und wartet auf sein auslösendes Moment.
Die Wiederherstellung des völkischen Moments begann in der Nachkriegszeit mit der Formierung der Friedens- und Ökologiebewegung und artikulierte sich später als die Partei "Die Grünen". Die Naturalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat wieder an Aktualtiät gewonnen.

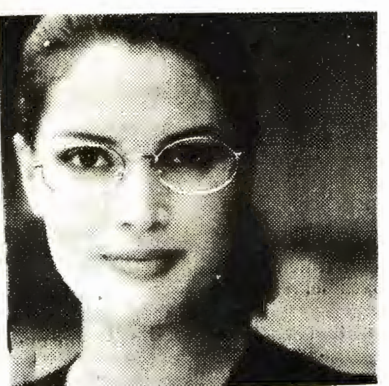


Der weitverbreitete Volkssport, die gterennte Müllsammlung, wurde als Training für die selektive Entsorgung mit Begeisterung aufgenommen. Der Ökorassismus ist dabei nicht mal der gefährlichste Teil davon.
Sie fand schließlich ihren konsequenten Ausbruch im Zuge der Wiedervereinigung. Eine Mischung von Wohlstandsrassismus, Datschamief und Gasgeruch. Für das Gemüt dieser Bevölkerung bildet der Kampf gegen AKW`s und gegen "Kanaken" kein Gegensatz sondern eine Einheit. Die Durchführung der Blockade in Mutlangen gegen die Raketentransporte und die Durchführung der Blockade in Goldberg gegen die Bustransporte der Roma, die aus Rostock-Lichtenhagen vertrieben wurden, speist sich aus der gleichen Motivation heraus. Wenn sich die Deutschen erst einmal als Opfer definiert haben, dann gibt es keinen Halt mehr.
Solange die linksradikalen und autonomen Zusammenhänge nicht begreifen wollen, daß eine Rebellion in Chiapas etwas ganz anderes ist als eine Rebellion in Deutschland, daß es im ersten Fall ein Angriff auf die Verhältnise, und im zweiten Fall ein Pogrom bedeutet, solange werden wir uns davor hüten eine Zusammenarbeit anzustreben.

Wenn also autonome und andere Linke, attraktiv gegenüber diesem Menschenschlag werden wollen - wie sie anläßlich des Autonomen-Kongresses ankündigen - dann können sie sich nicht mit der einen Hälfte begnügen. Sie müssen die ganze Scheiße nehmen. Oder es sein lassen. Alles andere ist - trotz anders lautender Bekundungen - bloß Klassenkrampf. So wie die PDS ihn durchführt. Und zwar mit Erfolg. Es wundert uns garnicht, wenn sie gerade in den Orten des Grauens, Hoyerswerda, Rostock, Magdeburg usw., absolute Mehrheiten oder traumhafte Wahlergebnisse erzielt. Das Unternehmen "Heim ins Volk" wird sogar gefährlich für uns, wenn mann/frau liest, daß auch noch der Anspruch erhoben wird, diese Population zu organisieren bzw. ihr Kampfformen beizubringen, um "gegen soziale Mißsände zu kämpfen".
Wenn wir schon als "Bastarde" dieser Gesellschaft gelten, ist es wichtig, unsere Selbstorganisierung so zu gestalten, daß wir ein Problem für diese Gesellschaft werden müssen: Ein Problem werden wir erst dann, wenn wir die Spielregeln - auch die der Opposition - nicht einhalten. Wenn wir uns unberechenbar und außerhalb der Normen, die hier gelten,



bewegen. "Bastarde" eben eines anderen Lebens. Subversive Migration statt Integration. Was die Militanz betrifft, so haben wir uns als Ziel gesetzt, diese in unserem Alltag zu verankern. D.h. nicht alle paar Monate eine gute Aktion machen mit einer Erklärung dazu, um auch dem letzten Depp zu erläutern, warum wir das gemacht haben (obwohl auch das immer wichtig sein wird), sondern vielmehr täglich mit unserem Verhalten klar rüberbringen, daß auch der Rassismus - wie andere Genußgüter in dieser Gesellschaft - etwas kostet oder wie wir mal geschrieben haben "Die Kosten für das Ausleben des Rassismus möglichst hoch zu treiben".



Zum Schluß noch zwei Anmerkungen:
a) Wir haben darauf bewußt verzichtet, einen Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten zu machen. Der Begriff deutsche Population beinhaltet sowohl den Repressionsapparat samt der politischen Formation der Deutschen als auch die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung (wir sprechen von 95%).
b) Wir haben auch auf die "Differenzierung, die wir nicht treffen" zwischen den verschiedenen linken Gruppen verzichtet, obwohl wir ab und zu (leider selten) mit Freude Ansätze in unserem Sinne entdecken. Wir meinen, daß dies eine Aufgabe der deutschen Linken selber ist, durch die Klarheit ihrer Positionen und ihres Verhaltens sich von dem Rest zu unterscheiden. Dann steht einer Zusammenarbeit nichts im Wege. Vorerst steht unsere eigene Organisierung auf der Tagesordnung. Und nach wie vor werden wir unser Gift gegen die deutsche Volksseele verbreiten, und Land und Leute denunzieren. So gut wie wir können und wo immer es geht.
In drei Tagen beginnt der Prozeß gegen unsere FreundInnen. Die deutsche Justiz erhebt den Anspruch, im Namen des deutschen Volkes, Urteile gegen MigrantInnen-Widerstand zu fällen. Dieses Recht erkennen wir nicht an. Wir wünschen unseren FreundInnen viel Kraft und Ausdauer.



Für das freie Fluten und Fluchen

Cafe-Morgenland, 17. 9.1994

Infoladen Bremen zu den Durchsuchungen anläßlich des 3.10.

Stellungnahme
Am 27.9. wurde der Infoladen "Umschlagplatz" in Bremen zum wiederholten Male durchsucht. 4 Tage später durchwühlten die Bullen, abermals unter der Leitung von Frank Herrmann (Chef vom 7K - politische Bullen) die St. Pauli Str. 10/ 11 (Umschlagplatz, BBA-Infoladen, Info-Büro zum 3.10.)

Zur ersten Durchsuchung
Hierfür konstruierten sie eineN vermeintlicheN BetreiberIN des Infoladens. Schon bei der letzten Durchsuchungsaktion wurde gegen diese Person (und andere) ermittelt, weil sie/er angeblich beleidigende und verunglimpfende Schleckis verschickt und verkauft haben sollte. (z.B. POLIZEI = SA/ SS). Als Indiz dient eine Kontonummer, die bei der letzten Hausdurchsuchung gefunden wurde. Nachdem diese Ermittlung seit 1 1/2 Jahren nicht mehr erwähnt wurde, beschreiben die Schergen jetzt diese Person als "verantwortlichen Betreiber und Geldhalter des von ihm betriebenen Versandhandels" (Durchsuchungsbeschluß) des IL. Das dieser Versandhandel seit nunmehr 1 1/2 Jahren nicht mehr weitergeführt wurde, dürfte auch den Schergen nicht entgangen sein. Und es ist ja auch völlig abwegig, daß der Infoladen von einer Person geführt wird. Infoläden begreifen sich im allgemeinen als ein Zusammenhang von Leuten, die unterdrückte Nachrichten der Öffentlichkeit zugänglich machen.
Als weiterer zentraler Punkt im Durchsuchungsbeschluß wird der Text in der Interim #299 genannt: "OB SYLVESTER, FRÜHJAHR ODER SOMMER, KRACH, KAWUMM BLITZ UND DONNER!". Inhaltlich geht es in dem Papier um die Einschätzung und Situation der letzten Mini-riots in Bremen. An folgendem Zitat haben sich die Bullen besonders gestoßen: "So `ne Randale ist natürlich was feines. Sie ist völlig korrekt, es gibt keinerlei Bedenken, es gibt keine moralischen Bedenken, die dagegen angeführt werden können, macht Spaß, trifft die richtigen und ist etwas sehr soziales und kommunikatives. Sozusagen was für "jederzeit" "
Dies lassen wir mal so stehen! (Wenn ihr den ganzen Text lesen wollt - in der Interim #299 ist er nachzulesen)

Ablauf der Durchsuchungen
Im Rahmen der Durchsuchungswelle durchwühlten die Büttel am 27.9. auch 2 Privatwohnungen, eine davon ohne jegliche rechtliche Befugnis. In ihrem Aktionismus zerrten sie 2 Leute aus der Wohnung und mißhandelten sie ed.
Im Infoladen traf die Polizei keine Menschen an, und brach daher sämtliche Schlösser auf. Diesmal verschonten sie den BBA-Laden und auch das für die Koordination gegen die nationalistischen Einheitsfeiern am 3.10. eingerichtete Infobüro. Es wurde beschlagnahmt: alle Infos zum 3. 10., 2 Flugi-Ordner zu Antifa und linksradikaler Mobilisierung, 3 Broschüren von der Roten Zora, Aufkleber zur Solidarität mit der ERNK, zwei Zecks, Info aus Hamburg [Wieso?, ein anderer S.] und massig Plakate.

Zur zweiten Durchsuchung
Begründet wurde die neuerliche Durchsuchung mit der Information: Sie wollen von einem Spitzel mitbekommen haben, daß in den Räumlichkeiten Mollis lagern. Diese Aktion diente dazu die Struktur der GegnerInnen der Einheitsfeiern zu zerschlagen. Deutlich wird das an den beschlagnahmten Gegenständen wie Fax-Gerät, Telefone, zahlreiche Plakate zum 3.10., Cs-Gas sowie Sturmhauben. Natürlich wurde kein einziger Molli gefunden. Telefon, Gas und Hauben bekamen wir wieder, aber auch das oben genannte Material wollen wir gefälligst wieder erhalten!
Nachdem diese Drecksarbeit beendet war, schlugen die Schergen am 2.10. noch mal zu: Sie durchsuchten das Sielwallhaus und verhinderten ein DeligiertInnentreffen für die Demo am 3.10. im Lagerhaus. Insgesamt 70 Leute wurden dabei festgenommen, und 4 erst nach einer eidesstattlichen Erklärung am Montagnachmittag rausgelassen. Im Sielwallhaus richteten sie etwa 15.000.- Mark Schaden an und stahlen ca. 1.000.- Mark Bargeld.

Einschätzung
Diese Durchsuchungen reihen sich in eine Welle von Repression ein, die es im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 3. 10. gab. Wochenlang ist und war das offizielle Bremen damit beschäftigt in der Bevölkerung ein Klima zu schaffen, gegen alle, die die nationalistischen Jubelfeiern ablehnen. Nachdem ein Anschlag gegen das Bremer FDP-Büro und gegen den Golfclub in der Vahr stattfanden, meinten die Schergen wohl, daß jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen wäre, zuzuschlagen.
Die Räumung des Frauenprojekts "Buntentor", die Durchsuchung bei KurdInnen, die für das kurdische Kulturfest in Maastricht plakatierten und die Beschlagnahme von Plakaten und der Feststellung der Personalien bei Leuten im Stadtteil Walle, mit der Begründung, daß dort Sicherheitszone sei, die ob beschriebenen Durchsuchungen und schließlich am "Tag der deutschen Einheit" das Demonstrationsverbot, das massive Bullenaufgebot und die vielen Festnahmen sollten jeglichen Widerstand und Protest schon im Keim ersticken, damit die Bonzen und PolitikerInnen ungestört feiern konnten.
Jetzt, nach den Jubelfeiern ist noch nicht ganz abzusehen, inwieweit linke, fortschrittliche Einzelpersonen und Einrichtungen kriminalisiert werden sollen. Klar scheint, daß es verschiedene Verfahren geben wird und verschiedene Überlegungen laut werden, Initiativen, die zur Demo aufgerufen haben, das Geld zu streichen, so z.B. dem Sielwallhaus und verschiedenen Frauenprojekten.
Wir fordern die Einstellung aller Verfahren und die Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!!!
Lassen wir nichts anbrennen! - Den nationalen Konsens kippen !!!

Infoladen "Umschlagplatz"

Antifaschistische Leinwand im WS 1994/95

Im Wintersemester 94/95 zeigen wir - die Film-AG der Hochschul-Antifa - an 11 Abenden Spiel- und Dokumentarfilme zu dem Themen Faschismus, Rassismus und Widerstand. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei der historische deutsche Faschismus, seine Kontinuitäten und Neuformierungen in der BRD vor und nach 1989, der herrschende Rassismus im wiedervereinigten Deutschland und der historische und aktuelle Widerstand. Nach den Filmen bieten wir jeweils eine Diskussion für Interessierte an.

Die Filmreihe folgt weitgehend der Chronologie der historischen Ereignisse. Eine Ausnahme sind die Filmabende am 12.12. und am 15.12.94, die dem aktuellen Thema "Flüchtlinge in diesem Land" gewidmet sind. Wir halten dieses Thema für so wichtig, daß wir es nicht an das Ende der Filmreihe stellen wollten.

Als eine wesentliche Bedingung für die Machtentfaltung des Nationalsozialismus betrachten wir den in Deutschland schon lange vor dem 3. Reich herrschenden Untertanengeist. Deswegen beginnen wir die Filmreihe mit der Verfilmung von Heinrich Manns Roman "Der Untertan".

Danach schlagen wir einen historischen Bogen vom Nationalsozialismus bis zur aktuellen Situation im wiedervereinigten Deutschland, um personelle, politische und ideologische Kontinuitäten aufzuzeigen.

Wir haben das Medium Film gewählt, weil wir zum einen denken, daß Kinoabende für viele attraktiver sind als "normale" politische Veranstaltungen. Zum anderen meinen wir, daß widerständige Inhalte sich in verschiedenen Formen ausdrücken können, z.B. auch in der ästhetischen Form des Filmes.

Wir haben sowohl Dokumentar- als auch Spielfilme aus verschiedenen Ländern (BRD, DDR, Italien, UdSSR, GB, Frankreich) ausgesucht, von denen einige kaum in deutschen Kinos zu sehen sind. Das ist sehr zu bedauern; denn sie zeichnen sich sowohl durch ihre inhaltliche als auch ihre filmemacherische Qualität aus. Gleichzeitig sind einige von ihnen historische Dokumente der Auseinandersetzung mit dem Faschismus, z.T. aus der Sicht derer, die unter der deutschen Aggression am meisten gelitten haben, z.T. aus der Perspektive von Staaten, die heute nicht mehr existieren.

Bei der Sichtung der Filme ist uns besonders aufgefallen, daß in der SBZ bzw. der späteren DDR, hochwertige Filme über den Nationalsozialismus produziert wurden, während die kommerzielle Filmemacherei im Westen zur selben Zeit kaum über die herzigen Heimatfilme hinauskam.

Trotz´ aller früheren und jetzigen Versuche, das Grauenvolle und für viele Unbequeme zu vergessen, zu ignorieren, zu vertuschen, zu relativieren, zu leugnen, zu verharmlosen gilt nach wie vor:

Das Vergangene ist nicht tot. Es ist nicht einmal vergangen.
(Franz Josef Degenhardt)

Mo. 14.11.94
Nacht und Nebel
F 1955, Alain Resnais, Dokumentarfilm 30 min.
Film über das System der deutschen Konzentrationslager und dessen grauenvollste Zuspitzung in Auschwitz.
Die Juden wurden nicht vergast
DK 1993, Dokumentarfilm 45 min.
Der Film zeigt, mit welchen Methoden und internationalen Verbindungen das Netzwerk der Holocaustleugner arbeitet. Der Film widerlegt die Konstrukte der Faschisten.

Do. 17.11.94
Unversöhnliche Erinnerungen
BRD 1979, Klaus Volkenborn, Dokumentarfilm 60 min.
Volkenborn interviewt zwei Deutsche, die im spanischen Bürgerkrieg gekämpft haben: Der eine als Offizier bei der Legion Condor, die Franco unterstützte; der andere als internationaler Brigadist, der die spanische Republik gegen die Faschisten verteidigte. Beide erzählen ihre Geschichte im Zeitraum von 1939 bis 79.
Arbeiterwiderstand im Dritten Reich
BRD 1983, Dokumentarfilm 16 min.
Sieben Zeitzeugen, Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus dem Rheinland und aus Bayern, berichten über den Widerstand gegen das NS-Regime in den Jahren 1933 bis 35.

Mo. 21.11.94
Komm und sieh
UdSSR 1985, Elem Klimov, Spielfilm 146 min.
Belorußland 1943. Die deutsche Wehrmacht befindet sich auf dem Rückzug gen Westen und ihre Politik der "Verbrannten Erde" hat den Höhepunkt erreicht. Ein vierzehnjähriger Junge schließt sich den Partisanen an, während in seiner Abwesenheit sein Dorf liquidiert wird. Auf der Suche nach seiner Familie trifft er auf verzweifelte Überlebende aus anderen Dörfern und muß schließlich miterleben, wie ein SS-Kommando als "Vergeltungsaktion" in einer Holzkirche Frauen, Kinder und alte Leute bei lebendigem Leibe verbrennt.

Do. 01.12.94
Mir zeynen do!
BRD 1992, Ingrid Strobl, Dokumentarfilm 90 min.
Überlebende Frauen des Ghettoaufstandes von Bialystok erzählen ihre Geschichte.

Mo. 12.12.94
Die Entscheider
BRD 1993, Dokumentarfilm 30 min.
"Einzelentscheider" ist die amtsdeutsche Bezeichnung für die Angestellten des Bundesamtes zur Anerkennung von Flüchtlingen, die entscheiden, ob ein Flüchtling Asyl erhält oder nicht. Im ersten Teil des Filmes werden EinzelentscheiderInnen zu ihrer Arbeit befragt. Im zweiten Teil erzählen drei Flüchtlinge von den Erfahrungen mit den Einzelentscheidern in ihren Asylverfahren
Fluchtgrenzen
BRD 1984, Querblick Konstanz, Dokumentarfilm 30 min.
Überlebende Fluchthelfer erzählen, wie sie während der NS-Zeit Flüchtlinge über die deutsch-schweizerische Grenze gebracht haben.
Von der heutigen Situation von Flüchtlingen berichtet "Asyl D-A-CH", und zwei Schweizerinnen erzählen von den Konsequenzen, die sie für sich gezogen haben.

Alle Filme im Hörsaal A, Unihauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1. Beginn jeweils 18.15 Uhr, Unkostenbeitrag 3,-DM

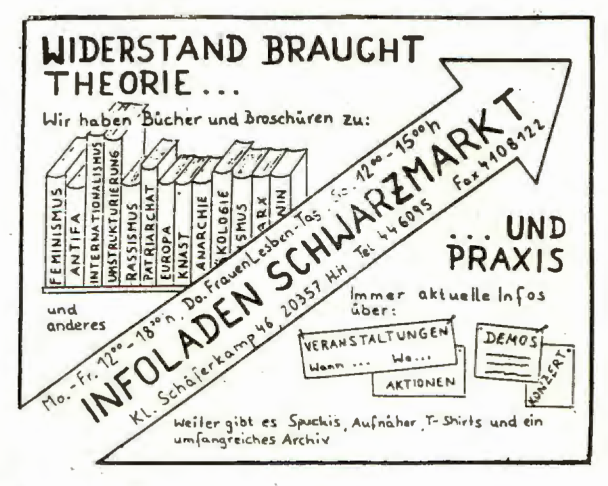
Christian Worch als Kühnen-Nachfolger angeklagt

Eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren droht dem 38 Jahre alten Neonazi-Führer Christian Worch, der in Frankfurt vor Gericht steht. Trotz Verbots soll der aus Hamburg kommende Notargehilfe die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ (ANS / NA) des 1991 gestorbenen Michael Kühnen fortgeführt haben. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten, war die ANS /NA nach ihrem Verbot 1983 einfach nur umbenannt worden. Unter dem neuen Namen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ soll sie als Ersatzorganisation mit demselben Personenkreis die alten Ziele verfolgt haben, unter anderem Aufhebung des NSDAP-Verbots. Wer den organisatorischen Zusammenhalt einer verbotenen Gruppierung aufrechterhält, kann nach dem Gesetz zu Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren verurteilt werden. Laut Anklage war Worch in der „Neuen Front“ einer der Rädelsführer. Vor allem während Kühnens Inhaftierung von 1984 bis 1988 in Butzbach soll er als dessen Vertreter tätig gewesen sein. Der Organisation gehörten zeitweise bis zu 500 Mitglieder an, die sich als „politische Soldaten“ verstanden. Wegen seiner Aktivitäten als Neonazi ist Worch einschlägig vorbestraft. Insgesamt hat er vier Jahre in Haft gesessen.

Zu der gegen ihn erhobenen Anklage erklärte er, sie sei „vollkommen unsinnig“. Nach dem Verbot der ANS / NA habe er mit der Organisation nichts mehr zu tun gehabt. Zum Auftakt des voraussichtlich länger dauernden Prozesses vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts rügte Worchs Pflichtverteidiger, daß ihm zur Vorbereitung der Verhandlung nicht genügend Zeit geblieben sei. Es sei nicht möglich, innerhalb weniger Tage 3000 Blatt Akten zu studieren, die Gegenstand des Verfahrens sind. Der jetzt amtierende Pflichtverteidiger war vom Gericht kurzfristig ernannt worden, nachdem zuerst Worchs Wahlverteidiger, dann aber auch dessen erster Pflichtanwalt das Mandat niedergelegt hatten.

Auf Beschluß des Gerichts unter Vorsitz von Horst Zimmermann wurde am ersten Verhandlungstag lediglich die Anklageschrift verlesen. Damit die Verteidigung Gelegenheit zur Aktenlektüre hat, soll in dieser Woche nicht mehr verhandelt werden. Der Prozeß wird am kommenden Montag fortgesetzt.

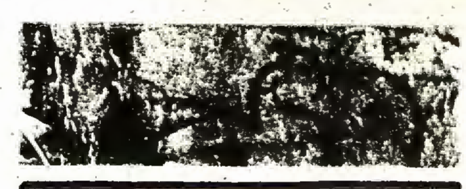
(Frankfurter Rundschau, 12. 10., ID-Schleswig-holstein, aus: CL-Netz Hamburg)















Veranstaltungen im November

Rote Flora. ♦**5.11. 5 Jahre Flora:** Wir feiern fünf (!) Jahre Besetzung. Ab 11.30: Sektfrühstück, 16 Uhr: Kinderclown Salvatore und Kaffee , Kuchen, Tee und Torte. Ab 22 Uhr: Abtanz. ♦**10.11. Theater:** ***"Magtanim ay di Biro".*** Die Kulturgruppe der philippinischen Bauerngewerkschaft (dKMP) ist derzeit mit ihrem neuesten Theaterstück "Magtanim ay di Biro" ("Reis pflanzen ist kein Spaß") auf Europatournee. Die Gruppe greift mit Pantomime, Tanz und Musik die Traditionen des politischen Theaters auf. In "Magtanim ay di Biro" zeigen die DarstellerInnen die Auswirkungen der internationalen Handelsstrukturen auf das Leben philippinischer BäuerInnen. Diese Performance ist eine explosive Mischung aus Emotionen und eine Reaktion auf eine aktuelle politische und ökonomische Bedrohung namens GATT. Durch ihre spezielle Form der Darstellung versuchen sie, die bestehende Sprachbarriere zu durchbrechen und bringen so die Situation auf den Philippinen ihren europäischen ZuschauerInnen nahe. Einige der DarstellerInnen sind professionelle KünstlerInnen mit internationalen Auszeichnungen, andere sind BäuerInnen, die lange Zeit im Gefängnis saßen. Sie verstehen ihre Tournee als einen beidseitigen Lernprozeß, besuchen europäische BäuerInnen und versuchen, über neue Formen der politischen Oppositionsarbeit ins Gespräch zu kommen. Ihr Ziel ist es, die einseitige Solidaritätsarbeit zu durchbrechen, um so gleichberechtigte Zusammenarbeit zu ermöglichen. 4/8 DM, große Halle 19 Uhr. ♦**11.11. Konzert:** ***Explosive Coolies*** (Angers) und ***?*** (Hamburg). Angers ist die französische Independent-Hochburg. Die Explosive Coolies sind nicht nur musikalische FreundInnen von *Les Thugs*. Zudem wird eine noch unbenannte hamburger Band aufspielen. Leoncavallo, 21 Uhr. ♦**12.11. Konzert:** ***Dritte Wahl*** (Rostock), ***Noise Forest*** (Kiel), ***Porch*** (Wangen/Allgäu). Dritte Wahl aus Rostock machen einfallsreichen Deutschpunk mit wirklich guten, klischeefreien Texten (!!!): Rehabilitation eines Genres (nix für Tote Hosen-Fans). Noise Forest arbeiten auf "Neurosis"-Basis und Porch spielen (melodischen) Punk. Große Halle 21 Uhr. ♦**17.11. Konzert:** ***Die Goldenen Zitronen.*** Filme, Konzert, Party. Gezeigt werden drei Schulungsfilme der Schutzpolizei: 1. Zu Besuch in Hamburg: Die Rolling Stones 1965; 2. Die Beatles 1966 und 3. Der Schah von Persien 2. Juni 1967. Danach: Die Goldenen Zitronen analog und live. Abschließend erfreut der Schweizer ***DJ Bernard Ivaux*** (Lausanne) hartgesottene TänzerInnen. Große Halle, 21 Uhr. ♦**19.11. Film:** ***Linke Opposition in Moskau. Zwischen Stalinismus und Subkultur.*** Zweiteiliges Dokumentarvideo, 150 min., Berlin 1994, dt. synchronisiert. Musik von Mongol Shuudan u.a.. Moskau, Herbst 1992. Auf der Suche nach einer neuen linken Opposition stellen verschiedene AktivistInnen ihre Arbeit vor. Da sind das Unabhängige Frauenforum, die Partei der Arbeit, die Kommunistische Arbeiter Partei, Gewerkschaften, das Antifa Zentrum, verschiedene anarchistische Gruppen, ein von Künstlern besetztes Haus und ein Rockclub. Besondere Aufmerksamkeit richtet der Film auf die Zusammenarbeit von Kommunisten und Faschisten, sowie auf das Erstarken von Rassismus und Antisemitismus. Die beiden Filmemacher werden anschließend für Fragen zur Verfügung stehen. Halle oben, 15 Uhr. ♦**19.11. Konzert:** ***Schachtelmann, Blendwerk, Gorch, Ninos con bombas*** (Hamburg). Laute(r) hamburger Bands: Möglicherweise mit zwei Bässen gespielter experimenteller Noisecore (Schachtelmann); Melodik-HC mit energetischem deutschsprachigen Gesang (Blendwerk); Düstercore (Gorch); Electric-Salsa-Crossover mit englischen, deutschen, spanischen und portugiesischen Texten (Ninos con bombas). Große Halle, 21 Uhr. ♦**20.11. Veranstaltung:** ***Rechtsextremismus in Rußland.*** Veranstaltung mit Beiträgen zu den Schwerpunkten: (Neu)Rechte Theoretiker und Ideologien, militant-rechtsradikale Gruppen (Pamjat, RNE, usw.), Bündnisse zwischen der extremen Rechten und Kommunisten, Schirinowski und die LPDR, antifaschistische Gruppen in Rußland. Leoncavallo, 18 Uhr. ♦**25.11. Theater:** Die Theatergruppe ***"O, letztes Glück"*** spielt Yvan Golls ***"Methusalem oder der ewige Bürger"***, große Halle 20 Uhr. ♦**26.11. Dancehall:** ***Mighty V.*** aus Hamburg präsentiert sein ***Yo Yo- Soundsystem***. Raggamuffin Dancehallstyle, große Halle, 22 Uhr. ♦**2.12. Konzert:** ***Sabot.*** Große Halle, 21 Uhr. ♦**3.12. Dancehall:** ***Terrorizing the neighborhood.*** A selection of fine and progressive dancemusik. Ragga, Dub, Hiphop, Dubhouse. Solifete für die Zeck. Große Halle , 22 Uhr.

Störtebeker. ♦**26.11. Konzert:** ***Schwartzeneggar*** (London) und ***Swine Flu*** (Wales), 21 Uhr. ♦**5.12. Konzert:** ***Cows*** (USA) und ***Hammerhead***, 21 Uhr.

Lesungen. ♦**8.11. Lesung mit Helene Manos:** *Gewidmet den Mädchen. Eine Streitschrift gegen Armut, Gewalt, Sexismus.* Buchhandlung im Schanzenviertel, 19.30 Uhr. ♦**13.11. Lesung mit *Abel Paz*:** *Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten.* Stadtteiletage, Schanzenstraße 75, 18.30 Uhr. ♦**30.11. Lesung mit *Emil Carlebach*:** *Tote auf Urlaub. Als Kommunist in Deutschland.* Stadtteiletage, 20 Uhr.

Ständige Termine in der Flora. Cafeöffnungszeiten: Mo- Do 16-21 Uhr, Sa 11.30-15 Uhr, und bei Veranstaltungen. **Mo 16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **17-20 Uhr** Motorradselbsthilfe. **19 Uhr** Vokü (meist vegan und wöchentlich). **Di 18-19.30** Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem). **Mi 16-19 Uhr** Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv. **Do 16-19 Uhr** Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung). **17-19 Uhr** Offset-Druckgruppe (es werden noch Leute zum mitmachen gesucht!). **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **Fr 9-12 Uhr** Kindercafe mit Frühstücksbüffet und Spielangebot. (14-tägig) **Sa 11.30-15 Uhr** vegetarisches Frühstück. **16-19 Uhr** Fahrradselbsthilfe. **So 19:30** vegane Vokü (14-tägig,, nächste Termine: 13., 20. und 27. November).

die seite von hand mit fuß.





